



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Rthlr., außerhalb incl. Porto 2 Rthlr. 15 Sgr. — Inserionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 473 **Mittag-Ausgabe.**

Dreißigundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 9. October 1872.

Deutschland.

Berlin, 8. Octb. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat aus Anlaß der Säcularfeier des Appellationsgerichts zu Marienwerder nachbenannten Justizbeamten des dortigen Departements Orden und Ehrenzeichen verliehen, und zwar den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem ersten Appellationsgerichts-Präsidenten Freiherrn v. Marienwerder; dem rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife: dem Ober-Staatsanwalt von Lud zu Marienwerder, dem Kreisgerichts-Director Neumann zu Marienwerder und dem Rechtsanwalt und Notar, Geheimen Justiz-Rath Schmidt zu Marienwerder; den rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Kreisgerichts-Rath und Abtheilungs-Dirigenten Janinski zu Elbing, dem Appellationsgerichts-Rath von Heyling zu Marienwerder, und dem Kreisgerichts-Rath und Abtheilungs-Dirigenten Polko zu Neustadt.

Se. Majestät der Kaiser und König hat den ordentlichen Professor Dr. Wilhelm Scherer zu Wien zum ordentlichen Professor in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Straburg ernannt.

Se. Majestät der König hat den Kammergerichts-Rath Kurlbaum, den Appellationsgerichts-Rath Kurlbaum aus Hamm und den Obergerichts-Rath Rindfleisch aus Celle zu Geheimen Justiz- und Vortragenden Räten im Justizministerium ernannt; dem Kreisgerichts-Secretär Fröhlich in Graubenz den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem Kaufmann Caspar Wolkeheim zu Berlin den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Dem Herrn Julius Reimann zu Dresden ist unter dem 5. October 1872 ein Patent auf eine Schußspule für Bandwebstühle auf drei Jahre ertheilt worden.

[Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht] hat eine weniger ruhige Nacht verbracht, und es macht sich, da erst gegen Morgen ein kurzer Schlaf eintrat, in Folge dessen heute eine größere Abspannung bemerkbar. (Reichsanz.)

Der Staatshaushalt. — Herrenhaus. — Die Weltausstellung. Die nord-schleswigsche Frage spielt seit Kurzem wieder in den Erörterungen der Presse eine hervorragende Rolle. Den Anlaß hierzu scheint einzig und allein ein aus dänischer Feder stammender Artikel der „Spenerischen Zeitung“ gegeben zu haben, denn in hiesigen politischen Kreisen weiß man durchaus nichts davon, daß die nord-schleswigsche Frage in neuerer Zeit irgendwie wieder in Anregung gebracht worden wäre. — Die „Deutsche Reichs-Correspondenz“ will über die jüngste Sitzung des Staatsministeriums erfahren haben, daß in derselben namentlich Staatsfragen berathen worden seien, daß diese Arbeiten nunmehr erledigt und der Stat zur definitiven Feststellung gelangt sein dürfte. Diese Mittheilung ist irreführend. Es ist nicht denkbar, daß die Angelegenheit des Staatshaushalts in 2 Sitzungen erledigt werden könnte. Aus unrichtiger Quelle löre ich, daß vielmehr in der betreffenden Sitzung nur einige wichtige Vorträge, deren Erledigung vor Feststellung des Stats notwendig ist, bis zur principiellen Entscheidung gelangt sind. Erst jetzt wird von Seiten des Finanzministers der eigentliche Staatshaushalt in seinem ganzen Umfange dem Staatsministerium vorgelegt werden. — Verschiedene Blätter fordern, daß die Regierung im Interesse der Kreisordnungsvorlage auf baldige Präsentation von Seiten der Städte, deren Vertretung im Herrenhause augenblicklich vacant ist, Bedacht nehmen solle. Wie ich erfahre, sind die erforderlichen Weisungen für diesen Zweck schon vor einiger Zeit ergangen. — Für die Beförderung der telegraphischen Correspondenz der General-Direction der Wiener Weltausstellung und der Wiener Commission mit der deutschen Commission und den österreichischen Missionen in Deutschland in Angelegenheiten der Weltausstellung ist von Seiten des Handelsministers die Vergünstigung der Gebührens-freiheit, die bezüglich der Reichs-Telegraphenlinie bereits früher zugestanden ist, auch bezüglich der Staatsbahn-Telegraphenlinien bewilligt worden.

[Wettätigungen.] Von dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten sind bestätigt worden: die Wahlen des Professors Dr. Raffe zum Rector, sowie der Professoren Consistorial-Rath Dr. Krafft, Dr. Langen, Geh. Justiz-Rath Dr. Hälshöner, Geh. Medicinal-Rath Dr. Pflüger und Dr. Hanstein zu Decanen resp. der evangelisch-theologischen, der katholisch-theologischen, der juristischen, der medicinischen und der philosophischen Facultät der Universität in Bonn für das Universitätsjahr 1872-73, die Wahl des Professors Dr. Heidenhain zum Rector der Universität in Breslau für das Universitätsjahr 1872-73, die Wahl des Professors Dr. Clebsch zum Rector der Universität in Göttingen für das Jahr vom 1. September 1872 bis dahin 1873, die Wiederwahl des derzeitigen Rectors Professors Dr. Kupffer zum Rector der Universität in Kiel für das Amtsjahr 1873-74, die Wahl des Professors Dr. Arnold zum Rector der Universität in Marburg für das Amtsjahr 1872-73, die Wahlen des Prof. Dr. Karst zum Rector, sowie der Professoren Dr. Bipping und Geh. Regierungs-Rath Dr. Waienski zu Decanen beziehungsweise der katholischen und der philosophischen Facultät der Akademie zu Münster für das Studienjahr 1872-73, und die Wahl der Professoren Dr. Bender zum Rector des Lyceum Hosianum in Braunsberg für den Zeitraum vom 15. October 1872 bis dahin 1875.

[Zur Dispensation vom Religionsunterricht.] Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat in einem Specialfall bestimmt, daß die Verfügung vom 29. Februar d. J., welche eine Dispensation von dem Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten unter bestimmten Bedingungen als zulässig bezeichnet, nur auf die Gymnasien, Real- und höhere Bürgerschulen, an welchen dieser Unterricht nach den Confessionen der hier beschriebenen Schüler getrennt und von den übrigen Lehrgegenständen absondert ertheilt wird, aber nicht auf Schullehrer-Seminarien Anwendung findet, da deren gegenwärtige Bestimmung und Einrichtung eine durch-aus einheitliche Anordnung des gesammten Unterrichts erfordert.

In den Seminarien sollen die Zöglinge nicht bloß in der Religion unterwiesen, sondern auch zu Religionslehrern in den Volksschulen ausgebildet und zu diesem Zweck angeleitet und in den mit den Seminarien verbundenen Uebungsschulen geübt werden. In dem Seminar stehen deswegen wie in der Volksschule der Religionsunterricht mit dem Unterricht in der biblischen Geschichte und dieser mit dem Unterricht in der Geschichte der alten Völker in innigem Zusammenhange, wie die Methode des Religionsunterrichts in der methodologischen Anleitung für den gesammten Elementar-Unterricht ihren Anhalt findet. Darum könne der gedachte Unterricht und der in Didaktik und Pädagogik im Seminar nur allen Zöglingen zusammen und nur von einem Lehrer ertheilt werden, welcher Mitglied des Lehrkörpers ist und mit diesem vereinigt harmonisch die ganze Ausbildung der Zöglinge fördern hilft, wie auch nur von einem solchen in der Abiturientenprüfung ein begründetes Urtheil über die von den zu entlassenden Zöglingen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Ertheilung des Religions-Unterrichts in einer Elementarschule zu erwarren ist.

D. R. C. [Die Pflugsche Fabrik.] Hiesige Blätter haben die Nachricht gebracht, daß nunmehr definitiv beschlossen sei, daß die ehemals Pflugsche Fabrik für Eisenbahn-Bedarf in Liquidation treten werde. Diese Nachricht ist mindestens verrißt, wenn nicht gänzlich unrichtig. Ob die Actien-Gesellschaft liquidiren wird oder nicht, darüber kann Niemand anders beschließen, als die Actionäre selbst in einer zu diesem Behufe einzuberufenden Generalversammlung derselben. Eine solche Generalversammlung hat aber weder schon stattgefunden, noch ist sie bis jetzt einberufen worden. Wenn jene Blätter ihre Nachricht dadurch zu begründen suchen, daß sie mittheilen, den Beamten der Fabrik seien bereits ihre Stellen gekündigt worden, so ist damit gar nichts erwiesen. Jene Kündigung, welche den Beamten ult. September zuging, ist in Form eines Circulars, welches diese Herren zum Beweise ihrer Uebereinstimmung unterschreiben mußten, war nur eine eben-

tuelle und lautete zum 1. April 1873 für den Fall, daß die Fabrik durch die vorhandenen Verhältnisse und durch Beschluß der General-Versammlung der Actionäre gezwungen würde, zu liquidiren. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde die Direction diejenigen Beamten, welche fernerhin in dem Dienste der Fabrik verbleiben wollen, sofern sie eben ihre Pflicht erfüllen, auch weiter sehr gern in ihrem Dienst behalten. Eine andere, als eine solche Kündigung, ist den Beamten nicht zugegangen; sie war aber wiederum, wie Jedermann einsehen wird, für den Fall notwendig, daß die Fabrik durch den Strike der Arbeiter gezwungen werden sollte, factisch ihre Thätigkeit einzustellen. Zu einer solchen Maßregel scheint aber gegenwärtig noch keine Aussicht zu sein, denn die Zahl der Arbeiter, welche jetzt in der Fabrik beschäftigt werden, beträgt zwischen 13-1400 und auch diejenigen Arbeiter, auf welche es namentlich bisher angefallen ist, die Schmiede und Dreher, beginnen immer mehr und mehr zu den früheren Bedingungen zu ihrer altgewohnten Thätigkeit zurückzukehren.

Königsberg i. Pr., 8. Octbr. [Ueberregelung eines Schiffes.] Nach einer hier eingegangenen telegraphischen Nachricht hat der hiesigen Rbederei angehörige Dampfer „Saladin“ im Sunde einen schwedischen Schooner übersegelt. Von der Mannschaft des letzteren sollen nur 3 Personen gerettet sein.

Raumburg, 6. October. [Das Domcapitel.] Vor wenig Tagen ist hier das Domcapitel versammelt gewesen. Es besteht noch aus drei Herren, und tres fractum collegium. Wie gewöhnlich wurde dabei in dem östlichen Theile der Domkirche hora gehalten. Der Eindruck, den es machte, als die drei alten Herren durch den Kreuzgang der Kirche, die unter ihrer Herrschaft und Fürsorge fast Ruine geworden ist, dahingegen, war ein recht trüblicher. Sie gingen wie gewöhnlich in die Capitelsstube. Was sie da gethan und beschlossen haben, wissen wir nicht, aber an einer That ist wohl nicht zu zweifeln: nämlich an der, daß man sich in der abgelegenen und stillen Capitelsstube die reichen Einkünfte der betreffenden Pfründen zurecht gelegt und ungehört darin getheilt hat. Ein Opfer für die Verrückung der großen Uebelstände aus eigenen Mitteln zu bringen, ist man auch dies Mal nicht im Stande gewesen. Wohl ist die Kunde in das Publikum gedrungen, es sei ein Besuch an das königl. Ministerium abgeschickt worden, aus dem durch die unbesetzten Domherrnstellen frei gewordenen Fonds das Einkommen der Gymnasiallehrer endlich einmal in der gesetzlichen Weise erhoben zu dürfen. Aber wenn das wahr sein sollte, so wird dadurch nur bestätigt, daß die Herren gar nicht gesonnen sind, aus dem reichen Einkommen ihrer Pfründen ein wenig beizutragen. Aus den ihrer Verwaltung ohnehin schon entzogenen und für sie verlorenen Fonds soll es geschehen. Und wenn die beherrschte Aufbesserung, was ja jeder von Herzen wünschen muß, zu Stande kommen sollte: wie sieht es dann aus andern Punkten? Es ist eine bekannte Sache, daß die Geistlichen auf das Nächstbeste besoldet sind, so nämlich, daß es kaum für das tägliche Brod ausreicht, und die Domherren, für die sie als Vicarien thätig sein müssen, leben herrlich und in Freuden. Eine gleiche, weithin bekannte Thatfache ist es, daß das herrliche Domgebäude, wie schon gesagt, den Einbruch einer Ruine auf jeden macht. Nun hat man zwar ein Gerüchte an der einen Stelle vor wenig Wochen aufgerichtet, so daß man denken konnte, es werde Ernst mit der Wiederherstellung. Aber selten sieht man einen Arbeiter dabei, so daß das Publikum auch hier an dem Ernst zu zweifeln anfängt.

* Eisenach, 6. October. [Verhandlungen zur Lösung der sozialen Frage.] Die Abendung wird um 7 Uhr eröffnet. Nachdem seitens des Präsidenten einige geschäftliche Mittheilungen erfolgt, bringt Professor Wild einen Antrag ein auf allgemein gefaßte Resolutionen, die zur Abstimmung kommen sollen. Nach längerer Debatte beantragt Duncker, es solle eine Commission eingesetzt werden, die über die heute Früh und heute Abend stattgehabten resp. noch stattfindenden Debatten Resolutionen aufsetzt und morgen bei der Versammlung vorlegt.

Klaubold (Hamburg) verlangt, daß aus einer beratenden nicht eine beschlussfassende werden dürfe. Es wird ein von Duncker gestellter, von Schmoller amendirter Antrag dahin angenommen, daß der Präsident, dessen umfängliche und unparteiische Geschäftsleitung das höchste Vertrauen verdiene, eine Commission von 7 Mitgliedern aus der Versammlung, welche die verschiedenen sich gegenüberstehenden Ansichten vertreten, ernannt, um aus den stattgehabten Debatten die Resolutionen aufzusetzen und sie der Versammlung vorzulegen. Präsident erklärt, dies nur nach getroffener Verabredung mit dem einladenden Comité thun zu können und setzt eine Besprechung auf heute Abend nach Schluss der Sitzung an.

Professor Schmoller erhebt das Wort über die Arbeitseinstellungen und Gewerksvereine. Seine Anträge lauten:

1. In Erwägung, daß zwar ein großer Theil der heutigen Arbeitseinstellungen ohne innere Berechtigung ist, ohne Sachkenntnis oder in Ueber-eilung beschlossen und von unläuterer Elemente hervorgerufen wird, daß aber daneben eine zahlreiche Reihe anderer Arbeitseinstellungen durch schlimme, nach Lage unserer Gesetzgebung und wirtschaftlichen Organisation nicht anders zu beseitigende Uebelstände herbeigeführt ist,

in Erwägung, daß bei der heutigen Gesetzgebung der Arbeiterstand in vielen Fällen sich nur durch dieses letzte Mittel als gleichberechtigten Theil beim Abschluß des Arbeitsvertrages zur Anerkennung bringen kann — beantragt der Referent, die Versammlung möge sich dafür aussprechen, daß es wünschenswerth sei, die volle heute bestehende Coalitionsfreiheit aufrecht zu erhalten, auch keine besonderen Strafen auf den Bruch bestehender Contracte neu einzuführen.

2. In Erwägung, daß die Gewerksvereine, d. h. die Vereine von Arbeitern desselben Gewerbes zum Zweck gemeinsamen Handelns hauptsächlich in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, sofern nur die tüchtigeren und anständigen Elemente des Arbeiterstandes in ihnen die Führung übernehmen, wie das von den meisten deutschen Gewerksvereinen anerkannt ist, eine heilsame Organisation und Schule des Arbeiterstandes sind, daß sie unseitigen Arbeitseinstellungen entgegenwirken, den Arbeiterstand zur friedlichen Unterwerfung unter Einigungsämter zu bringen vermögen — beantragt der Referent, die Versammlung möge beschließen, daß eine gesetzliche Anerkennung derselben, wie sie in dem Gesetzentwurf von Schulze-Delisch, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen, enthalten ist, sobald als möglich einzutreten habe, sowie daß die von der Commission des Reichstages beschlossenen Aenderungen anzunehmen seien, mit Ausnahme des Zusatzes zu § 3 Abs. 1, der verbietet, einen Theil der Vereinsgelder, der zu anderen Zwecken gesammelt sei, zu Arbeitseinstellungen zu verwenden.

3. In Erwägung, daß den Gewerksvereinen jede Kräftigung zu wünschen, die Verbindung derselben mit Kranken-Unterstützungs- und Invalidenklassen ein Hauptmittel ist, denselben Arbeiter zuzuführen und durch diese Verbindung das Hilfsklassenwesen ein normaleres, von der Theilnahme des Arbeiterstandes getragenes wird, daß dagegen andererseits die staatlichen Zwangshilfsklassen für die weniger entwickelten Industriebezirke unentbehrlich sind, wenn nicht in ihnen das Hilfsklassenwesen ganz verschwinden soll — beantragt der Referent, die Versammlung möge sich für Aufrechterhaltung des bestehenden Rechtszustandes erklären, wonach jeder Arbeiter, der seine Theilnahme an einer Gewerksvereinsklasse nachweist, von der Theilnahme an den staatlichen Zwangshilfsklassen frei wird, jeder andere Arbeiter aber nach wie vor zur Theilnahme an denselben gezwungen wird.

4. In Erwägung, daß richtig organisirte Schiedsgerichte zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten, wie sie in Frankreich und in der Rheinprovinz bestehen, ein Mittel sind, dem Unternehmer, wie dem Arbeiter einen wirksamen Rechtsschutz als bisher angezeigten zu lassen, daß solche

Schiedsgerichte erziehend auf das Rechtsgefühl beider Klassen wirken sie Einigungsämtern zugänglicher machen, in Erwägung ferner, daß solchen Schiedsgerichten vielleicht auch wie in Frankreich gewisse administrative Befugnisse (Entscheidungen über gesundheitswidrige Räume, Beschäftigung der Fabriken) übertragen werden könnten — beantragt der Referent, die Versammlung möge es für wünschenswerth erklären, daß ein Gesetzentwurf, der die allgemeinen Grundzüge für die Organisation, das Verfahren und die Thätigkeit gewerblicher Schiedsgerichte festsetzt, möglichst bald bei dem Reichstage eingebracht werde, und daß auf Grundlage desselben in den industriellen Bezirken unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse und nach Anhörung der Beteiligten von Amtswegen solche Schiedsgerichte einzuführen seien.

5. In Erwägung, daß das beste Mittel, die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu beseitigen und den sozialen Frieden wieder herzustellen, die sogenannten Einigungsämter (Arbeitskammern, boards of conciliation and arbitration), d. h. Vermittlungs-Commissionen gewählter Arbeiter und Nehmer eines bestimmten Gewerbes, welche bei entstehenden Streitigkeiten für eine bestimmte kürzere Zeit die Arbeitsbedingungen unter welchen die Unternehmer Arbeiter beschäftigen, die Arbeiter in Arbeit treten sollen, feststellen, sind — beantragt der Referent, die Versammlung möge beschließen, es sei wünschenswerth, daß überall, wo häufigere Streitigkeiten vorkommen, derartige Kammern freiwillig organisiert werden, und daß sich ihnen möglichst die Gesamtheit der Unternehmer einerseits, und die Gesamtheit der Arbeiter andererseits unterwerfe, sowie, daß ein besonderes Gesetz derartigen Kammern, die gewisse allgemeine Bedingungen erfüllen, die notwendigen Befugnisse (Zeugen vorzuladen u.) ertheile und ihre Entscheidungen durchführbar mache.

Referent beipflichtet das Princip, daß das Verhältniß zwischen Lohnherrn und Arbeiter auf freiem Vertrag beruhe, ein Princip, das von Anfang an vielen Ausnahmen nothwendig unterworfen gewesen sei, welche Ausnahmen insofern sich nur auf Punkte beziehen, welche in allen Gewerben bei allen Verträgen gleichmäßig vorkommen, und sich nicht auf verschiedenartig gestellte Verhältnisse beziehen. Daher ist der freie Vertrag die Regel und soll es sein. Soll dieser freie Vertrag zur Wahrheit werden, so würde er als gleichberechtigte Macht zu contrahieren im Stande sein. Dies ist eine Nachfrage; es war Unrecht, die Gewerksfreiheit vor der Coalitionsfreiheit einzuführen. Man übertribt gegenwärtig die Schattenseiten der letzteren, indem man über die augenblickliche Störung die ganze Entwicklung und die Zukunft beräth. Wenn man behauptet, die Arbeitseinstellungen entzündeten den Klassenhaß, so ist dagegen zu sagen, daß sie nur der Ausbruch vorhandener Uebelstände sind. Ausbruch ist besser als Kampf gegen das Gesetz in der Stille; nach dem Ausbruch wird es auch wieder besser, gerade wie in der großen Welt nach Verfassungscrisen. Die Verluste, die aus den Strikes für die Production entstehen, werden auch unendlich übertrieben; die moralische Wirkung ist auch nur erheblich schlimmer für die bereits in Händen der Demagogie Befindlichen. Ganz falsch ist die Behauptung, der Arbeiter selbst verliere immer bei Strikes. Es ist auch unrichtig, die Schuld immer auf eine agitatorische Partei z. B. Polen, Ultramontane oder Socialdemokraten zu schieben. Der Vorwurf, daß Einzelne terroristisch werden, wieg't deshalb nicht so schwer, weil dies unvermeidlich ist und außerdem der ganze Arbeiterstand von den Herren terroristisch wird. Strafbestimmungen gegen das Terroristen sind natürlich am Plage. Wenn man sagt, die Strikes seien so oft mit Contractbruch verbunden und dafür seien besondere Strafbestimmungen nöthig, so hält Redner eine solche ganz vereinzelte Ausnahme vom ganzen Bildrecht bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht für strafbar, zumal sich die Arbeitgeber durch die Fabrik-Ordnung die sofortige Entlassung der Arbeiter bei außerordentlichen Verhältnissen vorbehalten. Welsch besteht jetzt sogar durch Vertrag eintägige Kündigung, so daß wirkliche Contractbrüche gar nicht so häufig sind, als man denkt.

Gewiß sind die Arbeitseinstellungen ein Unglück und ein Kriegszustand, der ein Widerspruch mit der ganzen Cultur ist. So sehr also die Schattenseiten übertrieben werden, so muß man nach ihrer Verminderung streben, wozu es nur zwei Mittel giebt: 1) eine ausreichende schützende Fabrikordnung, die bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Technik als alleiniges Mittel unmöglich ist. 2) die Coalitionsfreiheit, bei der Unzureichendheit des ersten Mittels unmöglich. Eine corporative Organisation des Arbeiterstandes ist nothwendig. Redner erinnert an das Wort: „Junung der Zukunft.“ Verbände, die den Arbeiterstand schulen, ihm Ehrgefühl geben u. können an Stelle des Kampfes friedliche Verabredung schaffen und den freien Arbeitsvertrag zur Wahrheit machen. Das jetzt im Anfang wähe Verbände von socialdemokratischen Führern geleitet, vorkommen, ist nicht zu leugnen, die Entwicklung in England und Deutschland läßt uns aber hoffen, daß successive die bessern Elemente an die Spitze kommen. Den Gewerksvereinen muß eine gesetzliche Grundlage gegeben werden, wenn sie sich der Oeffentlichkeit (Gesichtswort von Schulze-Delisch) und den gesetzlichen Normatibbedingungen unterwerfen, die eine Gewähr für anständiges Verhalten gewähren. Redner hält es jedoch, was Normatibbedingungen betrifft, nicht für gut, die anderweitige Verwendung von zu Versicherungszwecken gesammelten Geldern zu verbieten.

Redner erläutert schließlich den Unterschied zwischen gewerblichen Schiedsgerichten und Einigungsämtern, erklärt die Organisation der französischen Prud'hommes für theilweise unvollkommen, verbesserte aber für sehr segensreich. Redner erwähnt ein Gutachten des Berliner Magistrats und betont stark den Werth der Schiedsgerichte, insofern als sie das Bewußtsein stärken, daß Jeder leicht zu seinem Rechte kommen könne. Die Einführung der Schiedsgerichte dürfe aber nicht in das Belieben der Commune gestellt, sondern müsse allgemein gesetzlich vorgeschrieben werden. Die Schiedsgerichte sind auch die beste Schule für Einigungsämter gegen die man von mancher Seite ungerechtfertigter Weise sich auflehnt. Das Gesetz muß die Durchführung des Spruchs gegenüber Denjenigen sichern, die sich dem Amt freiwillig unterworfen haben. Im Einigungsamt liegt für die Zukunft die Verhöhnung des socialen Kampfes.

Zur Generaldebatte spricht zuerst Prof. Köhler (Berlin). Derselbe bemerkt, Referent habe zu sehr von der Solidarität der Forderungen allein gesprochen; während die Junung der Zukunft es zur Solidarität der Leistungen und Pflichten, sowie zur Solidarität der ganzen Lebensstellung des Arbeiters bringen müsse. Redner entwirft ein ideales Bild des Arbeiterverhältnisses, demzufolge dem Arbeiter Sicherheit seiner Lage und seines Empfortommens gewährleistet ist. Feste langjährige Arbeitscontracte seien dazu nöthig, womit Actiengesellschaften und Bankunternehmungen boran gehen können. Selbst Selbstmaltungen zur Unterstützung der Fonds von Arbeitergeldern erscheinen gestattet.

Dr. Meyer (Berlin) glaubt, daß viele Praktiker mit Schmoller's praktischen Vorschlägen nicht einverstanden sind, und constatirt seine abweichenden Principien. Die sociale Frage werde durch die Gegenstände der Debatte nicht erschöpft. Der Angriff im ganzen Kampfe sei von kapitalistischer Seite ausgegangen. Das Kapital habe durch Aufhebung der Löhnergesetze den Grundbesitz angegriffen, die Arbeiter hätten nun den Kampf aufgenommen und kämpften mit größerem Erfolg als die Grundbesitzer. (Wagener!) nach den Errungenschaften des Kapitals als Gewerksfreiheit u. sei die Coalitionsfreiheit eine Nothwendigkeit. Aber der sociale Friede sei besser als der Krieg und der Staat müsse die Organisation der Gewerksvereine in die Hand nehmen, da es mit der Organisation von unten nicht gehe. Welsch habe auch der Nationalverein die Lösung der politischen Frage nur vorbereitet, der Staat sei hollrächig.

Herr Lindemann (Essen) tritt auf als Delegirter eines Rheinischen Fabrikantenvereins, ohne selbst Fabrikant zu sein. Er erkennt die Nothwendigkeit einer Organisation an, hält aber die Gewerksvereine nicht für das Richtige. Die einzelnen Stände sollen sich nicht getrennt organisieren, sondern verschöben. Die Klust muß überbrückt werden. Das Organ muß eine Gewerkskammer sein, zusammengesetzt aus Arbeitern, Fabrikanten und Vertretern der Commune; dem erhobenen Einwand, das Einigungsamt sei ein

solche Gewerbestämme, widerspricht Redner ohne weitere Angabe von Gründen. Er wendet sich schließlich gegen die Verbindung von Unterstufenklassen mit Gewerbetreibern. Den Essener Strike bezeichnet er als einen unbegründeten und behauptet, in seiner Gegend sei kein Arbeiter wegen des Krieges entlassen worden, weil der Krieg keinen Stillstand der Industrie hervorgerufen habe.

J. Schulze (Mainz) erklärt sich als warmen Freund der Gewerbetreibe, befreit aber die Rechtfertigung des Arbeiters gegenüber Fabrik-Ordnungen, oder dem Willen des Arbeitgebers, da die Fabrikordnungen immer im Fluss seien und sich immer verbesserten. An der eintägigen Kündigungsfrist seien auch die Arbeiter mehr Schuld als die Arbeitgeber. Redner zweifelt, daß die Ausführungen des Referenten in jeder Hinsicht richtig seien. Die Gewerbetreibe seien nicht gut oder böse, aber naturgemäß, weshalb ihnen nicht entgegenzutreten sei. Sie müßten eingespart werden in den Organismus der modernen Gesellschaft, was aber ohne Sentimentalität geschehen müßte, weshalb man für das Verbot der anderweitigen Verwendung von Krankengeldern sein müsse. Die Gewerbetreibe seien nicht harmlos, besonders nicht ohne Gefahren. Man solle nicht rufen „Land“, ehe Land da ist. Vorläufig sehe man nur Urnisse; Redner glaubt, daß die Gewerbetreibe höhere Organisationen, als Köhler andeutete, vorbereiten können, aber man müsse doch mit größerer Reife und Ruhe an die Frage herantreten.

Stadtrath Wolff wendet sich gegen Meyer. Die Bäume wachsen nicht von oben, sondern von unten, das Gesetz müsse sich an bestehende Bewegungen anschließen. Man müsse sich an die sociale Frage machen, indem man einzelne Fragen der Reihe nach unterucht. Redner schließt sich Schulze an und betont stark, daß Gewerbetreibe Mittel zur Verhütung von Strikes sein müssen.

Dr. Max Hirsch wendet sich auch zuerst gegen Meyer, der vielleicht Grundbesitzer, aber nicht Grundbesitzer sei. Im Namen des gesamten Arbeiterstandes erklärt Redner, daß er nicht die mindeste Sympathie mit Meyer und seiner Partei (Wagener!) habe. Gegenüber Erdmann und Schulz erkennt Redner dankbar die Schutzbreite Schmolters für die Gewerbetreibe an. Redner weist darauf hin, daß der Essener Strike ohne Gewerbetreibe gemacht worden sei, daß überhaupt die schlimmsten Strikes von unorganisierten Arbeitern gemacht wurden. Gewerbetreibe seien dauernde Organisationen, keine vorübergehenden Strike-Vereine. Redner erinnert an die vielartigen Zwecke der Gewerbetreibe und zumal an den Hauptzweck, dem Arbeiter eine höhere, sociale Stellung zu verschaffen. Die Gewerbetreibe hagen es selbst, sie wollten die Familie des Arbeiters sein, die deutschen Gewerbetreibe hätten schon das höchste Ziel der Productiv-Association ins Auge gefaßt und deren etwa 30 gegründet.

Gebietrath Engel (Berlin) macht auf Vereine aufmerksam, in denen die Solidarität der Leistungen verwirklicht ist und die gewissermaßen als Vorbild dienen können, so z. B. die russischen Artells, dann die deutschen Bergwerks-Knappschaften, nämlich die im Barren-Verbau. Diese Knappschaften verhinderten die Strikes. Redner erzählt einen Fall, wo ein Buchdruckerbesitzer mit dem Buchdruckerverein contrahiren und Garantien für Zurechnung des Vertrags seitens der Arbeiter verlangen wollte, aber nicht erhielt, was Beweis sei, daß es an der Solidarität der Leistungen teilweise fehle. Die Verwendung von Krankengeldern u. s. w. für andere Zwecke hält Redner geradezu für criminel und erhebt in diesem Punkt Protest gegen den Referenten. Redner spricht schließlich von der Ueberhandnahme der Actiengesellschaften, die aus conservativen Gründen notwendig sei, um die Erhaltung des Geschäfts vom Leben des Principis unabhängig zu machen. Man müsse einen Teil des bei solchen Umwandlungen resultirenden Gewinnes zu Stiftungen für die Arbeiter verwenden, was bald in einzelnen Fällen versucht werden würde. Dies sei socialer Friede.

Dr. Knauer ist gegenüber dem Referenten sehr entgegengekehrter Meinung; Letzterer spreche eine blühende aber gefährliche Sprache. Er, Redner, habe mehr als irgend Jemand für seine Arbeiter gethan, die zu ihm in patriarchalischem Verhältnis ständen. Auf christliche Motive sei im christlichen Staat zu sehen. Die notwendige gegenseitige Liebe werde gegenwärtig durch gegenseitige Furcht untergraben. Redner ist gegen die Verwendung der Krankengelder für andere Zwecke, will von Schiedsgerichten wenig wissen und hält betrügerische Absichten der Arbeitgeber für Ausnahmen.

Buchhändler Bertram (Halle) hält die Gewerbetreibe für eine gesunde corporative Organisation, die Strikes hält aber Redner für in jeder Hinsicht verwerflich, was durch Bericht über einzelne Fälle belegt wird. Redner warnt vor den Arbeiterführern, die manches hier ausgesprochene Wort bössartig ausbeuten könnten.

Darauf wird die General-Discussion auf morgen vertagt. Morgen um 1/2 9 Uhr ist Sitzung des vorbereitenden Comite's, um 10 Uhr pünktlich wieder Plenar-Versammlung.

7. Octbr. [Versammlung zur Besprechung der socialen Frage.] Die Sitzung wird gleich nach 10 Uhr eröffnet und tritt die Versammlung sofort in die Fortsetzung der gestern Abend unterbrochenen Generaldebatte über „Arbeitseinstellungen und Gewerbetreibe.“

Koller (Berlin) erkennt die Coalitionsfreiheit unbedingt mit dem Referenten an, der Kampf ums Dasein dürfe nicht mit dem Siege des Stärkeren, sondern mit dem Siege des Besseren Rechts endigen; die Strikes betrachte er nicht mit demselben Wohlwollen. Das Coalitionsrecht sei ein notwendiges Uebel; in Folge desselben seien auch Gewerbetreibe notwendig, die sich zu gesunden Organisationen ausbilden könnten, ein definitives Urtheil, eine Empfehlung derselben sei verfrüht, Schiedsgerichte und Einigungsämter seien der Anfang des socialen Friedens. Die Uebereinstimmung, welche Dunder gestern mit den Tendenzen der Versammlung zu erkennen gegeben, lasse ihn große Hoffnungen für das Resultat der Besprechung hegen. Rausch (Berlin): Strikes wurden durch irrige Voraussetzungen der Arbeiter hervorgerufen, von den Gewerbetreibern nicht cultivirt sondern von unorganisierten Arbeitern gemacht. Die Organisation sei notwendig, den Strikes vorzubeugen, dies leiste das Einigungsamt, hier sei der Arbeiter zum Nachgeben geneigt. Ein Entgegenkommen aller Gesellschaftsklassen sei nötig, um dem Arbeiter zu helfen. Redner entwickelt dann, daß die Fabrikanten zu oft durch Ausbeutung der Arbeiter die Unzufriedenheit derselben erregten; er weist auf die Arbeitsverhältnisse in Thüringen hin. Sofern die bestehenden Klassen einen humanen Standpunkt einnehmen, würden sie mit Erfolg sich an das Erdgefühl der Arbeiter wenden; der Beweis des guten Willens seitens des Arbeitgebers stärke den Arbeiter moralisch, denn er gebe ihm die Hoffnung wieder, sich durch eigene Kraft heben zu können; dazu fehle dem Arbeiter jetzt die Gesundheit. Den Strikes könne er nur manchmal eine Berechtigung zusprechen; die Gewerbetreibe würden sich künftig auf die höheren Ziele, wie sie Köhler geschilbert, richten; sie seien zweckmäßig und würden eine günstige Entwicklung nehmen. Die Verwendung der Krankengelder für Strikezwecke finde nicht statt. Die Einführung der industrial partnerships sei verfrüht; es handle sich zunächst um Schulung der Arbeiter im Gewerbetreibe.

Gneist: Der gegenwärtige Kampf sei nicht Folge des Mammomismus oder der Manchester'sche Schule, sondern notwendige Entwicklung unseres Erwerbs-Systems. Die Coalitionsfreiheit bedinge notwendig die Freiheit der Arbeit; die Coalitionsfreiheit sei aber nicht zurückzuweisen. Jetzt sei allerdings eine gefährliche Art der Kriegführung, eine Kriegführung a la Franc-tireur unvermeidlich, aber man dürfe diese Heilung nicht etwa im Rückschreiten, sondern nur im Vorwärtsschreiten suchen, durch die reguläre Organisation der Strikes mit repräsentativem Charakter. Diese Organisation kann nur vom Staate ausgehen, das Gesetz über die Genossenschaften genüge nicht, da diese zugleich Kriegs- und Friedensvereine seien. Diese Organisation der Arbeiter würde zu einer Organisation der Arbeiter führen, und dadurch die Strikes seltener aber auch größer und länger werden, aber nach schweren Erfahrungen schließlich aufhören. Müssen diese Erfahrungen nun durchgemacht werden? nicht durch rechtzeitiges Einschreiten und Aufbauen die Schule des Glücks vermieden werden? Der Staat kann den anzuerkennenden Gewerbetreibern Verpflichtungen namentlich zur Bildung von Vermittlungskommissionen auferlegen; hinter dieser müßte eine höhere zwingende Gewalt stehen, aber die Zwangsschiedsgerichte können nur nach den freiwilligen Einigungsämtern kommen und diese nach den Gewerbetreibern, die man nicht zwingend einführen könne, wohl aber seien für die ganze Organisation Normativbestimmungen aufzustellen und die ganze Organisation nach Bedürfnis einzuführen. Ein ähnlicher Verlauf wie bei der Erschaffung des mittelalterlichen Fehderechts, sei vorzuziehen. Staat und Gesellschaft müssen zusammenwirken, der Staat mit staatlichen, die Gesellschaft mit wirtschaftlichen Mitteln: der Staat soll nicht Arbeitgeber, nicht Creditgeber werden, aber er tritt ein befristend, ergänzend, corrigierend. Rechtliche und sitiliche Motive fallen beständig ein in's wirtschaftliche Leben. Franz Dunder vertheidigt die friedlichen Zwecke der Gewerbetreibe, namentlich die Bildungszwecke. Redner wendet sich gegen die Meyer'sche Forderung, daß der Aufbau der socialen Verhältnisse durch den Staat erfolgen müsse und widerlegt die Ausführungen desselben: auch Zünfte und Annungen seien nicht von oben gemacht worden; ähnlich müsse heute organisiert werden. Der Staat sei nicht an der Sanctionirung der Gewerbetreibe zu verhindern, dieselben vielmehr thunlichst zu fördern, um so eher werde eine friedliche Beilegung der Strikes zu erwarten sein. Der Arbeiter müsse in der That mit Hoffnung auf Verbesserung seiner Stellung erfüllt werden, damit er sich nicht in die Arme der auf Umsturz des Staates gerichteten

Parteien werfe; Redner weist in dieser Hinsicht warnend auf das Beispiel Frankreichs hin. Nachdem noch G r a f f einige Erfahrungen mitgetheilt die er als Tabakfabrikant gemacht und sich wesentlich dem Dunder'schen Standpunkt und den vorgeschlagenen Resolutionen mit Ausnahme der auf Verwendung der Krankengelder sich beziehenden Bestimmungen ausgesprochen beschließt die Versammlung Schluß der Generaldebatte.

Schmoller als Referent: Er sei vielfach mißverstanden worden, auch er habe stark betont, daß er die Strikes für etwas Uebles halte, die durch Einigungsämter beseitigt werden sollten. Namentlich wendet sich Referent gegen die Ausführungen Bertrams; des Referenten Vorschläge seien nicht aufregend, sondern aufreizend, wenn man sie nicht nur vom Fabrikanten-Standpunkt rede. Die Nationalökonomie könne, sagt Referent schließlich, eben so wenig bei Adam Smith stehen bleiben, wie das Staatsrecht bei Montesquieu. Meyer (Berlin) vertheidigt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die auf ihn gerichteten Angriffe.

Die Versammlung tritt in die Specialdebatte. Schmoller zieht aus den Resolutionen die Schlusserklärung über § 2 zurüd.

Professor v. Holkenborff erklärt sich mit Absatz I, nicht mit Absatz II einverstanden. Die Verantwortlichkeit des kontraktbrüchigen Arbeiters müsse festgesetzt werden, z. B. wenn die ländlichen Arbeiter durch plötzlichen Strike die ganze Arbeit zu Grunde gehen ließen. Prof. Brentano für Absatz I. Baummeister Felink vertritt die Arbeitgeber; er giebt die Geschichte des Streites in Berlin; seit dem Kriege sei der Terrorismus der Arbeiter gewachsen. Fabrikant Ue z (Baden) kann sich den vorgeschlagenen Resolutionen nicht anschließen; doch könne man nicht die Coalitionsfreiheit aufheben, die sogar Bedürfnis der Fabrikanten sei; unannehmbar sei die Resolution, welche keine Strafe für Kontraktbruch festsetze. Die Vereinigung von Kapitalisten und Arbeitern, wie sie sich in einer Bundesfabrik in Baden zeige, sei anzustreben. Nachdem noch Hille und Biele gesprochen, erklärt sich Gebietrath Köhler ebenso warm für Absatz I als gegen Absatz II der Resolutionen, weil Freiheit und Verantwortlichkeit vereint sein müssen. Bei Schluß der Specialdebatte erklärt der Vorsitzende Professor Gneist, er constatirt, daß kein Redner gegen den Grundsatz der Coalitionsfreiheit aufgetreten ist.

Die Specialdebatte zu Resolution 2 eröffnet Härtel (Vorstand des Buchdrucker-Vereins) in bestiger Polemik gegen Bertram und andere Vordränger: Die Gewerbetreibe, die durch Schulze-Delitsch hervorgerufen worden sind, haben eine natürliche wirtschaftliche Bedeutung, die aber durch Schuld der Arbeitgeber noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Ganz unrichtig sei das Zusammenwerfen verschiedener Arbeitsbedingungen unter dem gemeinsamen Namen: „rothes Gespenst“. Die gemeinsamen Verhandlungen über Lohnhöhe seien dadurch leidlich unmöglich; bei Entgegenkommen der Arbeitgeber zu Verhandlungen ließen sich die meisten Strikes vermeiden.

Prof. Kries (Heidelberg): Die Gewerbetreibe seien ein wenig in den Regeln und müssen erst noch Erfahrungen machen. Redner weist im Uebrigen auf ein Element moralischer Zucht und Heranziehung zu heroischer Selbstaufopferung in den Strikes hin. Mit der Zeit würden die gegenwärtigen Schäden in den Gewerbetreibern überwunden werden. Prof. Rasse ist mit der Resolution nach der vorgeschlagenen Aenderung des Referenten ganz einverstanden. Eine Organisation des ganzen Arbeiterstandes seien die Gewerbetreibe zur Zeit nicht; socialdemokratische und ultramontane Agitationen bildeten ihnen eine födernde Concurrenz; die Gewerbetreibe müßten aus privaten öffentlichen Instituten werden und der Staat Normen für ihre innere Organisation aufstellen.

Nach einer facitiven Verichtigung des Herrn Bertram beschließt die Versammlung über Punkt 3 der Resolution (Freiheit der Arbeiter von der Theilnahme an den staatlichen Zwangshilfsklassen) wegzugehen und in die Berathung von Punkt 4 (Schiedsgerichte) einzutreten. Anrath Tiedemann für die Resolution; Dr. Gerty giebt einen kritisch-historischen Ueberblick über Schiedsgerichte in Frankreich, England, Deutschland; Bedingung für die Anerkennung der Gewerbetreibe müsse die Verrückung ihrer Unterordnung unter das Schiedsgericht bei Strikes sein. Nach einer Debatte, die sich hauptsächlich zwischen den Herren Stolp (Berlin) und Max Hirsch über Anerkennung oder Nicht-Anerkennung der Gewerbetreibe und Erweiterung der Schiedsgerichte, schlägt Stadtrath Wolf (Merano) vor, daß für die Schiedsgerichte die Arbeitgeber die Arbeiter und umgekehrt wählen sollten. Referent Schmoller ist in Uebereinstimmung mit Herrn Hirsch, daß man die Einführung der Schiedsgerichte nicht den Communen überlassen dürfe. Ueber Wolf's Vorschlag ließe sich discutiren.

Die Versammlung tritt nunmehr in die Specialdebatte über Punkt 5. Bembir wünscht Einheit der Versammlung in den Hauptpunkten und empfiehlt Annahme der Resolution 5, da sie durchaus vorzuziehenden Charakters sei. Nachdem noch J. Schulze hervorgehoben, wie die Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber nur aus der Vereinigung aller Stände hervorgehen könne, fährt Max Hirsch Schlußwort über die bisherige Wirkung der Einigungsämter an und erwähnt, daß das Einigungsamt auf Grundlage des Gewerbetreibe's schließlich das einzige Mittel war, den Streit im Berliner Baugewerke zu schlichten; das Einigungsamt muß aber so gestellt werden, daß nicht nur freiwillige Unterwerfung stattfinde.

Schluß der Debatte über die Gewerbetreibe, da die Versammlung den Beschluß aufrecht erhält, Beschlüsse über die vorgelegten Resolutionen nicht zu fassen.

[Nachtrag.] Die von den Einladenden gebildete Commission, welche aus den Debatten der ersten Sitzung über Ausbildung und Weiterführung der deutschen Fabrikgesetzgebung die Ansichten der Versammlung fixiren sollte, hat ihre Aufgabe dahin gelöst, daß sie folgende zwei Punkte derselben zur Annahme vorschlägt:

- 1) Die bestehende Fabrikgesetzgebung in Deutschland ist ihrer Anlage nach den Bedürfnissen entsprechend, bedarf aber einer wirksamen Ausführung durch ständige Amtsborgane.
- 2) Die Fabrikgesetzgebung ist in demselben Geiste fortzubilden durch erweiterte Arbeitsverbote und veränderten Schulzwang für jugendliche Arbeiter, insbesondere durch Ausdehnung auf alle industrielle Thätigkeit beim Hervortreten gleicher Uebelstände.
- 3) Diese Fortbildung ist mit notwendiger Unterscheidung auch auf verheiratete Frauen auszudehnen.

Nach Beendigung der Debatte über Arbeitseinstellungen und Gewerbetreibe verlas der Präsident die obigen von der Commission aufgestellten Sätze, welche die Versammlung als den richtigen Ausdruck der in der jetzigen Sitzung hervorgetretenen Anschauungen anerkennt.

Die Versammlung geht alsdann zur Frage der Constituirung für die Zukunft über. Die Bildung eines Modus hält derselbe für verfrüht, wohl aber für indicirt die Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses, der für eine nächstjährige Versammlung Constituirungspläne vorbereiten kann. Der Vorschlag wird angenommen. Der Präsident schlägt vor, diesen Ausschuss so zu bilden, daß sich die Anwesenden der Jnitiativ-Commission durch Cooptation verstärken; sie bestche aus den Herren Voedert, Edart, Engel, Gneist, v. d. Goltz, Hildebrandt, v. Holkenborff, Kries, Meitzen, Witboff, Rasse, Köhler, Schmoller, Sombart, Wagner, v. Wedell-Malchow; ferner treten in den Ausschuss nachdem die Versammlung die Vorschläge des Präsidiums genehmigt: Max Wirth, Fr. Dunder, Knapp, J. Schulz, Bizer, Hertel, Geibel, Tiedemann, von Roggenbach. Diesem geschäftsführenden Comite wird Vorbereitung einer ähnlichen Versammlung für das nächste Jahr übertragen.

Es erhält nunmehr das Wort Geh. Oberregierungs-rath Engel über die Wohnungsfrage. Er sagt u. A., die Bestrebungen, die Wohnungsnoth durch gemeinnützige Baugesellschaften zu mildern, haben bisher wenig Erfolg gehabt; sie gehen darauf aus, den Miethler zu einem Eigentümer an dem Stüde eines Hauses zu machen, was praktisch unmöglich ist. Die englischen Baugesellschaften streben, jedem Theilhabenden ein eigenes Haus zu verschaffen. Als dritte ältere Einrichtung sind die von Fabrikanten geschaffenen Arbeiterwohnungen zu nennen.

Bei diesen Bestrebungen denke man nur an die Noth der kleineren Leute; heut zu Tage verbreite sich die Wohnungsnoth; es giebt in Berlin ja, was freilich nur scherzhaft zu verstehen, ein Uvol für obdachlose Grafen! Aber sehr ernst sei die Wohnungsnoth der Mittelklassen. Redner verliest einige Beläge dazu aus der Tagespresse und schildert die Verhältnisse, die ihm den nachhaltigsten Eindruck gemacht habe, denn es seien sehr anständige Familien gezwungen worden, in diesen Baracken ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Die Gründe der Wohnungsnoth sagt Redner dahin zusammen: der Durchschnittspreis der Wohnungen ist in den letzten Jahren ungleich stärker gestiegen, als die Zahl der Bevölkerung und ihrer Einnahmen. Ueber dem Bedürfnis der Wohnung müssen nun Nahrung und Kindererziehung vernachlässigt werden. Die Ursachen der Preissteigerung der Wohnungen sind sehr mannigfaltig. Man hat die Schuld auf das Freizügigkeitsgesetz geschoben, das gewaltigen Zuzug nach den großen Städten hervorruft. Wichtig ist, daß die Zunahme der Wohnungen hinter der der Bevölkerung in großen Städten zurückbleibt. In Berlin müssen jährlich 1000 Häuser jedes für 50 Einwohner gebaut werden und die Strikes haben dies in der That viel erschwert, also die Wohnungsnoth mit verschuldet. Dazu kommt der Baustellenwucher; die zur Abhilfe ergriffenen Mittel haben diesen erst recht groß gemacht. Die Baustellen dürfen nicht als Waare im eigentlichen Sinne des Wortes betrachtet werden. Bei der Nichtvermehrbarkeit der Baustellen

könne man vom Baustellenwucher viel mehr reden als vom Korn- oder Gekwucher. Wenn man auch die Verbindung mit den Vorstädten u. s. w. noch so sehr verbessert, so würde dies nichtlich sein, aber den Baustellenwucher nicht aufheben; jetzt würden Häuser auf der Höhe verbannt, ohne daß der Käufer sie je gesehen. Es sei sehr zu fragen, ob dieser widerwärtige Baustellenwucher mit Schlußzetteln nicht direct zu verbieten sei. Wie der Wohnungsnoth abzuhefen, dieser Frage steht man fast rathlos gegenüber. Die Stadt ist sowohl in Bezug auf Gesetzgebung als Verwaltung ziemlich machtlos; nur in einer Hinsicht kann der Staat wirken, als Arbeitgeber seiner Beamten. Durch Zulagen ist nicht zu helfen, da die Hausbesitzer sofort eine dem „Erbis“ entsprechende Steigerung eintreten lassen würden. Diese Zulagen könnten als zinstragendes Capital betrachtet werden, welches der Staat lieber gleich zum Bau von Baugenossenschaften verwenden könne, dem Staat könnten Communen und Corporationen nachfolgen. Leider haben Staat und Commune in dieser Richtung nichts gethan, wohl aber theilweise große Actien-Gesellschaften. Was die Privatbills betrifft, so handle es sich um das Problem, die Miethen unflüchtig zu machen und in gewissem Sinne unsteigerbare Wohnungen zu schaffen. Redner entwirft den Plan einer Gesellschaft von Miethern, die sich verbindet, keine andere Steigerung als um bestimmte durch die Natur der Dinge begründete Procente anzunehmen, betreffs des Näheren verweist Redner auf seine zu druckenden Ausführungen. Die die Expropriation beabsichtigenden Pläne der Societäten verwirft Redner. Das andere Extrem stellt der Beschluß des volkswirtschaftlichen Congresses dar, die von Privatbills viel erwartet. Man arbeitet in der Stille und müsse experimentiren.

Der Präsident kündigt auf Wunsch der Versammlung eine Abendversammlung für 7 Uhr an, in welcher die Wohnungsfrage discutirt werden soll.

7. Octbr. [Beschlagnahme des „Volkboten.“ — Verhaftung eines freireligiösen Predigers. — Dresdener Presse. — Die Schwestern der christlichen Liebe. — Keine Wagen vierter Klasse auf den Staatsbahnen.]

Der socialdemokratische „Dresdener Volkbote“ wurde heute wegen des Auftrags: „Wozu brauchen wir einen König“, in welchem die Nichtbegnadigung des zu drei Monaten Festungshaft verurtheilten Expedienten des Blattes, Knieling, (S. Nr. 459 d. Ztg.) herb besprochen wurde, auf Antrag des königl. Bezirksamtes polizeilich mit Beschlag belegt. Das Gericht erkannte in dem Inhalte des Auftrages eine Majestätsbeleidigung, gleichsam als Antwort auf den Schluß desselben: „Ist diese Aufrichtigkeit Hochverrath?“ — Der frühere Sprecher der hiesigen freireligiösen Gemeinde, der aus Prag gebürtige Fidor Landau, ist auf Antrag des Bezirksamtes in Görlitz verhaftet und hier in's Gefängnis gesteckt worden. Anlaß dazu soll die von ihm ausgegangene Beleidigung anerkannter Religions-Gesellschaften in einer hier abgehaltenen Volksversammlung gegeben haben. Der noch jugendliche, im Grunde ziemlich harmlose Landau, war zugleich Redacteur des „Confessionslos“, von welchem kürzlich auch eine Nummer mit Beschlag belegt wurde. — So wie vorher von der seit dem 1. October erscheinenden „Dresdener Presse“ viel Unrichtiges verlautet, so auch jetzt noch namentlich betreffs ihrer Mitarbeiter. Des Unrichtigen berichtet übrigens das Blatt selbst genug, so daß es trotz seines jungen Daseins schon mehrfach Berichtigungen erfahren hat. — Die Entfernung der „Schwestern der christlichen Liebe aus Paderborn“ aus den westphälischen Schulen, wegen ihrer Verbindung mit den Jesuiten, wird endlich auch die Erfüllung des die Entfernung derselben aus dem hiesigen Josephinenstifte ausdrückenden Wunsches der zweiten Kammer zur Folge haben. Cultusminister Dr. von Gerber glaubte früher darauf hinweisen zu müssen, daß in deren Aufenthalt in unserem Lande keine Verletzung des § 56 unserer Verfassung, der solchen allen Orden und namentlich den Jesuiten verbietet, vorliege; nachdem man jedoch in Preußen, ihrer Heimath, sie ausdrücklich als Ordensschwestern bezeichnet, wird der von ihm aufgestellte feine Unterschied zwischen Orden und Congregationen in der Kammer schwerlich mehr irgend welchen Eindruck machen. — Die Einführung der vierten Wagenklasse bei unseren Staatsbahnen befindet sich trotz ihrer endlichen Befürwortung durch die zweite Kammer, laut neuestem, dem Bororte der sächsischen Gewerbevereine gewordenen Ministerialbescheide, noch immer erst im Stadium der Erörterung und Erwägung bei der Staatsbahnen-Bewaltung. Gewiß ein sonderbarer Vorgang in unserem Industrielande mit seiner armen Arbeiter-Bevölkerung.

Stuttgart, 6. Octbr. [Die liebe Frau von Lourdes.] Es verdient zum Nutzen gläubiger Seelen allgemein bekannt zu werden, daß unsere liebe Frau von Lourdes, welche am heutigen Sonntag den Besuch der Niesens-Walkfabri aus der Stadt Paris erhält, ihre Gnaden nicht bloß an Franzosen, sondern frei von Vorurtheil ebenso an gläubige Deutsche spendet, die sich in ihren Nöthen an sie wenden. Wir erfahren dies aus dem „Katholischen Wochenblatt“ in Ulmangen, dem Hauptorgane des Ultramontanismus in Württemberg, worin ein Einsender aus Oberschwaben seine wunderbare Rettung durch die liebe Mutter Gottes in Lourdes beschreibt. Der fromme Einsender litt schon seit zehn Jahren an heftigen Krampfanfällen, die sich zuletzt in's Unerträgliche steigerten. Seit fünf Jahren mußte er fast immer das Bett hüten. Alle ärztliche Mittel erwiesen sich als fruchtlos. Da erkrankte der Kranke von dem wunderthätigen Quell, der an dem Gnadenort Lourdes entspringen. Gerührt faßt er ein großes Vertrauen zu unserer lieben Frau von Lourdes und bestellte sich Wasser von der Wunderquelle. „An einem Tage, wo ich gar nicht mehr daran dachte, erhielt ich das wunderbare Wasser. Auf Anrathen des Beichtvaters herrichtete ich eine neuntägige Andacht zur Mutter von der immerwährenden Hilfe. Am demselben Tage, wo ich das wunderbare Wasser erhielt, kamen die Krämpfe, ich frant von demselben im festen Vertrauen und in diesem Augenblick hörten die Krämpfe auf und zeigten sich seitdem nicht mehr; ich kann alle Tage der heiligen Messe amohnen und geringe Hausgeschäfte verrichten.“ Vielleicht erleben wir es bald, daß auch aus Deutschland Walkfabriken nach dem Gnadenort organisiert werden, um dort bereit mit den französischen Gläubigen um Abwendung der Bedrängnisse der Kirche und des heiligen Vaters zu stehen. (Spen.-Z.)

Deisterreich.

Wien, 8. Octbr. [Die heutige Sitzung der Reichsraths-Delegation], in welcher die Berathung des Kriegsbudgets beginnen sollte, wurde wegen der Abwesenheit der gemeinsamen Minister, welche einem anlässlich der Ankunft des Kaisers in Ofen stattfindenden Ministerrathe beiwohnten, vom Präsidenten mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes der Berathung auf morgen Vormittag vertagt.

Stalten.

Rom, 3. Octbr. [Das Plebiscitfest. — Rede des Papstes.] Das gefrige Plebiscitfest, schreibt man der „R. Z.“, bestand der Haupttheilung in einer Prämienaustheilung an die Schuljugend auf dem Capitolplatz, am Abende weitesterten Transteverin und Montigiani mit gegenseitigen Zärtlichkeiten, die sich in Illumination und Feuerwerk auflösten. Von mehr Interesse war der Tag im Vatican. Da gingen dem Papste als Gegenfeier die gewöhnlichen Huldigungsadressen ein, unter ihnen eine gar warme, welche die jüngeren Mitglieder verschiebener frommer Vereine überreichten. Der Papst erwiderte nach vorausgeschicktem Danke:

„Nun wohl, heute ist der Zaprestag einer bereits verurtheilten Handlung. Doch der Wahrheit die Ehre, der heutige Tag ward durch gewisse äußerliche Kundgebungen, die wider alle Erwartungen am 20. September erfolgten, für mich weniger lärm- und schmerzvoll. Es ist wahr, daß Still-schweigen der Kanonen läßt den Tag stiller vorüber, als es anderswie möglich wäre; immerhin habe ich gefehen, daß Einer (der Sindaco Venturi) seine Collegen und alle Römer schriftlich einladet, und zwar in seinem Sinne, die Wiederauferstehung dieser Stadt zu feiern. Ich habe nicht begreifen können, woraus Stadt und Volk, noch wovon sie wieder auferstehen. Vielleicht von jenen unermeßlichen Steuern und Auflagen, die man vor dem 20. Sept. bezahlte? Ich glaube, nein. Vielleicht von dem Schreden der Anstaltlichkeit vor dem 20. Septbr.? Ich glaube, weit weniger. Vielleicht durch die Freiheit, die vor jenem unglücklichen Tage in Ketten lag? Vielleicht hörte mit dem 20. September all jener täglich zu schauende Hohn wider den Clerus auf,

die Beschimpfungen, die Stöße und was sonst diese Personen lächerlich machen kann? Auch nicht. Worin also ist diese Wiederherstellung zu finden? Ich weiß, man spricht eben noch von einem Wechsel des Ministeriums. Ich weiß nicht auf die Politik ein, beschäftige mich nicht mit solchen Dingen, sonst bin jene Herren, ich halte politische Reden. Ich spreche allgemein: ich höre, das Ministerium kann geändert werden und daß man mit gewissen Ideen, die wie immer im Fortschreiten sind, noch weiter vorgehen kann. Ich meine, wie man bisher die Artischeke Blatt für Blatt ab und noch ist, so möchte man sie vielleicht heute mit einem Male ganz verwerfen. Doch wie Gott, wie Christus den Schülern des ersten Kaiphas sagte: hypocritas tristes, so könnte man wohl den zweiten Nachfolger der neuen Kaiphassecte, jenes gottlosen Synhedriums, zurufen: Expedit ut unus moriatur pro populo; die darauf Kommenden aber könnten sagen: Expedit ut multi moriantur pro populo, doch pro populo barbaro, pro populo indigno, pro populo peccatore. Der hohe Knecht schloß mit einer Rundschau: überall zeige sich die Reaction wider die Unsitte in Thätigkeit, hier still, dort offen, überall sehe man fromme Wallfahrten, die katholische Kirche erschließe alle ihre Gefühle zum Handeln. Deshalb mußte weiter, der Sieg werde nicht lange mehr auf sich warten lassen.

[Cardinal Bonnehose] soll, wie schon das „Univ.ers“ vorab meldete, keine officielle Mission hier zu vertreten haben; weil aber die Clericalen allzu hartnäckig darauf bestehen, so fängt man eben deshalb an, das Gegentheil zu glauben. Weshalb ist er also hier? In Frankreich sehen heute innerhalb der Kirche zwei Parteien sich gegenüber, die ultramontane und die gemäßigte. Welche sind gleich sehr für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Bonnehose steht mit an der Spitze der Conservativen, und es scheint, daß ihn einzig der Wunsch auf vier Wochen herführte, sich mit der Gesellschaft für die katholischen Interessen über die rechten Mittel zu beraten, welche zur Erreichung des Zieles als die geeigneten erscheinen. Bonnehose gehörte auf dem Concil nicht zu den blinden Anhängern der Infallibilität. Die Lage sich mit eigenen Augen anzusehen und dem Papste guten Rath zu geben, deshalb kam er her. Außerdem dürfte er die Ernennung mehrerer französischer Prälaten zu Cardinälen betreiben wollen. Der Papst will freilich davon nichts wissen; die Creation von Cardinälen sei ein Freudenact, der in eine Zeit nicht hineinpaßt, wo die Kirche trauere. Bonnehose wird Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß die Priester in Rom jetzt mehr Freiheit genießen, als die clericalen Blätter in alle Winde täglich hinausstreuen. Bonnehose, früher Henri Maria Gaston, wurde am 30. Mai 1800 zu Paris geboren. Er hatte die administrative Carriere gewählt, 1830 war er Advokat beim Appellationsgericht in Besancon, wollte aber als Legitimist den Orleans nicht dienen und wurde Geistlicher, bald Bischof von Carcassonne, dann Erzbischof von Rouen, 1863 Cardinalpriester. Die Liberalen können ihm zwei öffentliche Reden nicht verzeihen: in der einen am 12. Februar 1866 im Senat gehaltenen pries er das Glück der Römer unter der päpstlichen Herrschaft, am 29. November 1867 rief er, die kaiserliche Regierung solle Italien den Krieg erklären und den Papst wieder in den Besitz der ihm entzogenen Provinzen setzen.

Frankreich.

* Paris, 7. October. [Herr v. Timaschew und Herr Thiers.] Dem vorgestern von der „Times“ gebrachten Telegramme, schreibt man der „R. Z.“, liegt eine jedoch nicht ganz richtig dargestellte wahre Thatsache zu Grunde, wie officiös verlautet. Der russische Minister des Innern, Timaschew, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, hat seine früher Thiers dargebrachten Glückwünsche nicht zurückgenommen, sondern in einer für Frankreich sehr freundschaftlich gehaltenen Unterredung sich damit begnügt, von den schweren Uebelständen der radicalen Agitationen zu sprechen, wenn dieselben etwa fortbauern sollten, wie von dem äblen Einbruche, den sie auf die Mächte machen würden, welche den Wiederaufbau Frankreichs lebhaft wünschten; um dieses Ziel zu erreichen, seien Ruhe und Frieden unerläßliche Bedingungen. Der Pariser „Times“-Correspondent kommt neuerdings auf seine Mittheilung zurück, auf deren Richtigkeit er besteht, und fügt hinzu, daß zwei ausländische Gesandte in Paris eine ähnliche Sprache geführt hätten. Ein hier aus dem Auslande eingetroffener Vertreter Frankreichs berichtet, daß in anderen Ländern derselbe Eindruck vorherrschend sei.

[Der Barackenbau für die deutschen Truppen in den vier letzten occupirten Departementen.] Unter diesem Titel enthält das officielle Blatt folgende Mittheilung:

„Der neue Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Berliner Cabinet wurde am 29. Juni 1872 unterzeichnet. Der außerordentliche Regierungskommissar, Herr de Saint Vallier, kehrte am 4. Juli, mit den Instruktionen des Präsidenten der Republik versehen, nach Nancy zurück. Der Ober-General der Occupationarmee hatte am 6. Juli von seiner Regierung die Ratification des Vertrages erhalten und die Unterhandlungen begannen sofort. Am 17. Juli gab das Hauptquartier von der neuen Vertheilung der Truppen in den vier Departementen, die in Folge der Räumung der Marne und Ober-Marne nötig war, Kenntniß. Diese Vertheilung konnte erst nach einer längeren Correspondenz zwischen dem deutschen Hauptquartier, den Divisions- und Brigade-Generalen und dem Corpschef der Occupationarmee einerseits und dem außerordentlichen Commissar, den Genie-Officieren, den Beamten der Militär-Intendantur, den Prefecten, Unter-Prefecten und Maires andererseits festgestellt werden. Am nämlichen Tage, d. h. am 17. Juli, gab der außerordentliche Commissar den Genie-Commandanten und den Militär-Intendanten die für den Bau der Baracken in 29 verschiedenen Plätzen notwendigen Weisungen. Diese Arbeiten mußten unter der Direction des Genie, wo dieser Dienst bestand, und sonst überall unter der Intendantur gemacht werden. Da die Unternehmer des Genies mit wenigen Ausnahmen sich geweigert hatten, sich mit diesen Arbeiten zu befassen, so mußte man seine Zuflucht zu neuen Ausarbeitungen nehmen. Obgleich man die Termine so viel als möglich abtätigte, so mußte ineb eine ausreichende Publicität stattfinden. Die letzte Adjudication fand am 31. Juli statt. In der Zwischenzeit mußte man Terrains kaufen oder mietzen, wo die Baracken gebaut werden sollten, indem man dabei in Uebereinstimmung mit den Militärbehörden handelte, um die Baupläne ebenfalls im Einverständnis mit den verschiedenen deutschen Behörden vorzubereiten. Ein Gesamtplan konnte von ihnen nicht gegeben werden, da der Ober-General diese Frage der Vertheilung seiner Generale überlassen wollte, die zum größten Theil ihren Corpschef die Initiative überließen. Das Resultat war, daß von den vier deutschen Divisionen vier verschiedene Arten von Baracken angenommen wurden. Nachdem die Adjudicationen gemacht worden waren, mußte man die ministerielle Bestätigung verlangen. Die Unternehmer mußten das Personal und das Material aufstellen. Da die localen Hilfsquellen in dieser doppelten Hinsicht fast null und deshalb vollständig unzureichend waren, denn es handelte sich um beträchtliche Arbeiten, die in 29 verschiedenen Districten zu gleicher Zeit gemacht werden sollten, so mußten sich die Unternehmer, um sie zu erhalten, an die entferntesten Punkte im Lande und selbst an das Ausland wenden. Die Arbeiten konnten daher erst am 15. August ernstlich begonnen werden. Sie gingen, je nach den pecuniären Hilfsquellen und der Intelligenz der Unternehmer, nach den amlichen Mitteln und den mehr oder weniger großen Terrainchwierigkeiten, mehr oder weniger rasch vorwärts. Die oft verspäteten Forderungen der deutschen Behörden verzögerten auf einigen Punkten ebenfalls die Arbeiten. Erst nach einer gewissen Zeit konnten die Civil- und Militär-Ingenieure sich von der Lage Rechenschaft ablegen und feststellen, wo die Arbeiter im Rückstande waren. In allen diesen Localitäten kam die Regierung den Unternehmern so weit es möglich war, zu Hilfe, indem sie ihr zahlreiche Abtheilungen trefflicher Marine-Arbeiter und selbst Civil-Arbeiter, wo Erdarbeiten notwendig waren, zur Verfügung stellte. Der Anblick eines Barackenbaues kann allein eine Idee von der Wichtigkeit der ausgeführten Arbeiten geben. Ueberall mußte man eine vollständige Kasernierung schaffen, und die Baracken für die Leute und die Pferde sind so zu sagen Nebenbauten geworden. Man mußte außerdem Officierspavillons, Baracken für die Küchen, Schulsäle, Schmieden, Probiermagazine, Wagenremisen, Straßsäle, Keller, Abritte, Brunnen u. errichten, Wege herstellen u. dgl. m. Alle diese Arbeiten mußten ohne Ausnahme mit der größten Eile ausgeführt werden, denn kein Tag der Convention nötigt

die Deutschen, ihre Soldaten, welche das Quartier bei den Bewohnern um Vieles vorziehen, in Baracken unterbringen zu lassen. Endlich wurde in allen Fragen, welche das Wohlergehen der Truppen betreffen, die breitesten Initiative von der Oberbehörde den Corpsführern überlassen, deren Forderungen natürlicher Weise verschieden waren und nicht immer zur rechten Zeit gemacht worden. Am 1. October war der größte Theil der Baracken fertig und konnte der deutschen Behörde zur Annahme vorgelegt werden, welche aber fast überall Modificationen verlangte, von denen sie bis jetzt nichts gesagt hatte. Die fertigen Baracken müssen noch einige Tage unbesetzt bleiben, um dem Mauerwerke die Zeit zum Trocknen zu geben. In der Zwischenzeit werden sie mit den Möbeln und Betten versehen. Mit einem Worte, die Baracken der 29 Localitäten werden mit Ausnahme von einer oder zweien, die ohne Bedeutung sind, bis zum 15. October beendet und möblirt sein, was alle kompetenten Männer zuerst für ein in so kurzer Zeit unmöglich erreichendes Resultat hielten.“

[Officiöse Berichtigung.] Das officielle „Bien Public“ enthält folgende Note:

„Das Journal „Ordre“ sagt in seiner Nummer vom 5. October, daß ein Lied, das den Titel „Les tetes de pipe“ führt, jeden Abend in einem Café-Concert von Paris mit Ermächtigung und unter den Augen der Behörde gesungen wird. Diese Thatsachen haben um so mehr Ernst, als einige Verse dieses gemeinen Liedes sehr beleidigend sind für die fremden Souveräne und besonders für den Kaiser von Deutschland. Die ganze Frage liegt darin, ob die Thatsache richtig ist. Hier nur die Wahrheit: Niemand wurde eine Autorisation dem Liede „Les tetes de pipe“ bewilligt. Niemand figurirte dieses Lied auf dem Programme eines Café-Concerts. Niemand wurde ein Protocoll wegen dieses nicht autorisirten Liedes aufgenommen.“

Russland.

E. St. Petersburg, 5. October. [Die Arbeiterunruhen.] Die Wiener Ausstellung. Die Arbeiterunruhen in der Kränholm'schen Manufaktur bei Narwa haben inzwischen aufgehört; die Arbeit ist am 30. September wieder aufgenommen worden. Ueber die Veranlassung zu dem Tumulte sind folgende Einzelheiten bekannt geworden. Die letzte Bewegung der Arbeiter war am 2. September unter Vermittelung des Gouverneurs von Esthland durch Regelung der Verhältnisse zwischen jenen und der Fabrikverwaltung beigelegt worden. Trotz dessen glaubten die Arbeiter nun Grund zu neuen Klagen zu haben, und so entsendeten sie eine Deputation von 6 Mann mit einer Adresse an den Gouverneur. Diese Abgesandten wurden, wie es heißt, auf Veranlassung der Manufakturverwaltung, in Narwa verhaftet. Als dies am 23. Septbr. bei der Fabrik bekannt wurde, stellte die Mehrzahl der Arbeiter die Arbeit ein und zwang, 5000 an der Zahl, auch die sich passiv verhaltende Minderheit, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen. Ein Trupp aber von 500 zog nach Narwa, um ihre verhafteten Cameraden zu befreien. Nach langen Bemühungen gelang es den Behörden, welche der Forderung nicht nachgaben, die Menge zur Rückkehr nach Kränholm zu bewegen. Unmittelbar darauf ging das Narwa'sche Regiment, direct von dem Leichenbegängniß des Generals Wrangel, auf den Schauplatz der Unordnungen ab und umzingelte die Fabrik. Am folgenden Tage, den 24. Septbr., traf auch der Gouverneur von Esthland, Fürst Schachowskoj-Glebow, daselbst ein und stellte eine eilfändige eingehende Untersuchung an. Als zugleich auch Truppenverfahrungen aus Vamburg ankamen und man die Haufen der Arbeiter zu umzingeln begann, leisteten diese Widerstand, indem sie die Soldaten mit Erde und Steinen bewarfen. Selbst als dieselben zurückgezogen wurden, wollten die Arbeiter sich nicht zerstreuen. Sie waren von der Annahme geleitet, daß ein dreitägiger Widerstand genügen würde, um die Sequestration der Fabrik seitens der Krone herbeizuführen, wovon sie eine Verbesserung ihrer Lage erwarteten. Am 25. wurde die Fabrik ganz vom Militär besetzt, und die Arbeiter hielten sich ruhiger. Der Gouverneur setzte die Untersuchungen auf das Genaueste fort, nicht nur über den Tumult selbst, sondern auch über die Verhältnisse der Fabrik und der Arbeiter. Am 30. begannen die Sitzungen des Landgerichts in Narwa. Am 1. October zog das Militär wieder ab. So viel steht fest, man hat die Unruhen nicht als in erster Linie gegen die Behörde gerichtet zu betrachten, sondern gegen die Verwaltung der Fabrik, und nur die Verhaftung der Deputation rief den Unwillen auch gegen jene hervor. Der Fall lehrt aber aufs Neue, wie sehr eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nöthig ist, um der Wiederkehr derartiger Erscheinungen vorzubeugen. Die Ersteren sind den Letzteren gegenüber besonders durch die Einrichtung gesichert, daß sie dem neu angenommenen Arbeiter seinen Aufenthaltsschein abnehmen, ohne welchen er die Stelle nicht verlassen und in eine andere übergehen kann. Der Arbeiter aber hat in sofern keine Sicherheit für die Erfüllung der Abmachungen, als es noch immer Brauch ist, sich auf die bloßen Verprechungen des Arbeitgebers zu verlassen, ohne einen beide Theile bindenden Contract abzuschließen. Dies aber müßte mindestens als unerläßlich gefordert werden, auch um bei einer Klage dem Richter nur das Urtheil zu ermöglichen, während dieser so gar nicht weiß, worauf hin er entscheiden soll. — Wenn das Publikum dasselbe Interesse für die Wiener Weltausstellung bekunden wird, wie die Regierung, so wird die Theilnahme Russlands eine nicht unbedeutende und mannigfaltige sein. Die vorbereitenden Maßregeln sind umfassend und praktisch. So hat das Finanzministerium der allgemeinen Organisations-Commission 9 Hilfscomites in allen Theilen des Reiches zur Seite gestellt, namentlich in Moskau, Warschau, Odessa, Kiew, Riga, Helsingfors, Orenburg, Irkutsk und Tiflis. Die Zusammenfügung derselben läßt eine umsichtige Leitung der Angelegenheit erhoffen. Die russische Industrie, in ihrer durch die geographischen, geologischen und climatischen Verhältnisse des weiten Reiches bedingten Verschiedenartigkeit, wird jedenfalls von hohem Interesse und Werth für den Westen sein.

Amerika.

Newyork. [Zur Präsidentenwahl.] Früher als üblich, was aber durch die diesmalige außerordentliche Hitze des Wahlkampfes erklärlich ist, kommen in diesem Jahre blutige Zusammenstöße zwischen Anhängern der beiden feindlichen Parteien vor. In Baltimore ist die Abtheilung von Veteranen der Armee, die zu der Convention Grant'scher Soldaten nach Pittsburg gingen, von einer rohen Bande, die es mit Greeley hielt, überfallen worden. Die Soldaten empfingen die Angreifer mit einer Ladung, welche die heißblütigen Politiker in alle Richtungen zerstreute, einigen aber auch etwas zu heißes Blut abzupappte. Ein ähnlicher Vorfall wird aus Pittsburg berichtet. Der Kampf dauerte fast nur zehn Minuten, aber die Zeit war vollständig hinreichend für einige Hundert Schüsse, durch die sechs Leute bedeutender verletzt wurden, einer sogar so stark, daß keine Aussicht für sein Leben vorhanden ist. Dieses Mal waren es schwarze Anhänger Grant's, welche die Sitzung eines Clubs Greeleyaner störten und dadurch den Kampf veranlaßten. Bis zum 5. November ist es noch lange hin, und da der blutige Reigen einmal begonnen hat, werden wohl andere Fälle ähnlicher Art zu berichten sein.

[General Sherman] ist nach Amerika zurückgekehrt und wie sich von selbst versteht, sofort nach seiner Ankunft „interlocutur“ worden. Da der Reporter sich vorzugsweise für Militär zu interessieren gerühete, so hatte der General darüber zu berichten. Der General glaubt, daß die europäischen Soldaten den amerikanischen an Intelligenz nicht nachstehen; doch brauche man in England vier Jahre, um einen tüchtigen Soldaten herzustellen, während in Amerika ein Jahr hinreichte. Die rothe englische Uniform wird nach der Ansicht des Generals Sherman

mit einer dunkleren vertauscht werden müssen, im Falle England einen Krieg mit irgend einer feindlichen Macht zu führen hat. Auch die pittoreske Uniform der französischen Zuaven hält der amerikanische General für durchaus unpraktisch. Die amerikanischen Springfields sind in keiner Beziehung irgend einer europäischen Handwaffe hintanzusetzen. Sherman ist der Meinung, daß in den europäischen Ländern zu viel Cavallerie sich befindet, und nimmt als Grund dafür an, daß in Monarchien viele Cavallerie-Regimenter zu — Hofparaden nötig seien! Setzt wo Hinterlader überall eingeführt seien, sei Cavallerie von nur sehr untergeordneter Bedeutung.

[Die amerikanische Staatsschul] beträgt einem Kabellegramme vom 1. October zufolge, nach Abzug der Gelber im Staatsbuche 2,166,994,677 Dollars und hat demnach im Monat September um 10,327,343 Dollars abgenommen.

Rio de Janeiro. [Kabel zwischen Europa und Brasilien.] Baron de Itabora, der Minister für Landwirtschaft und öffentliche Bauten, ist am 26. August gestorben. Sein Nachfolger ist der Senator Rego Barros Barreto. Kurz vor seinem Tode hat der Minister noch dem Baron de Mana die Concession zur Legung eines Kabels zwischen Europa und Brasilien gegeben. Der Baron de Mana glaubt, daß die telegraphische Verbindung schon im Jahre 1874 wird hergestellt sein können. Das Kabel wird von der Provinz Pernambuco via Madeira und St. Vincent nach Portugal gelegt werden. Die Concession ist gültig für 20 Jahre. Nach dieser Zeit hat der Baron das Benutzungsrecht des Kabels oder der Kabel auf weitere 20 Jahre, jedoch ohne Monopol. Mit dem Anfange des Jahres 1885 kann der Unternehmer, wenn in den beiden vorhergehenden Jahren die Zahl der täglichen Depeschen 300 a 20 Worte betrug, zur Legung eines zweiten Kabels angehalten werden. Die Kosten einer einfachen Depesche von 20 Worten dürfen nicht 140 Francs überschreiten. Sollten in den Jahren 1875 und 1886 im Durchschnitt täglich 150 einfache Depeschen befördert werden, so muß eine Tarifherabsetzung auf 120, 107 und 72½ Francs resp. erfolgen. Die Regierung wird die Preise auf Linien, die mit dem Kabel in Verbindung stehen, um 20 pCt. herabsetzen. — Eine französische Bank, Banque Brasi-lienne Francaise de Paris, hat die Genehmigung von der Regierung erhalten.

Newyork. [Zur Präsidentenwahl. — Die Candidaturreeise Greeley's.] Die Symptome, daß Greeley in dem Wahlkampf unterliegen werde, mehren sich. Wenn ein demokratischer Politiker auf den Sieg seines Präsidentschafts-Candidaten eine Wette von 10,000 Dollars einget und schon jetzt 1000 Dollar Neugeld zahlt, so ist das für den Candidaten ein eben so böses Zeichen, als das Zurückziehen der Ratten für das mit den Clementen kämpfende Schiff. Ein anderes wichtigeres Symptom dafür, daß es etwas faul mit Greeley steht, ist die mit 200 Reden gewürzte Reise, die der Präsidentschafts-Candidat gegen Herkommen und Sitte unternommen und auf 3000 Meilen ausgedehnt hat. Das war keine Kleinigkeit, selbst für Greeley nicht. Wo der Zug hält, eine Rede halten, über denselben Gegenstand 200 Mal in Wind und Regen sprechen zu müssen, könnte einem selbst eine Krone verleiden. Aber Greeley war standhaft. Alle seine Reden wiederzugeben, ist unnötig, da allen ja doch dasselbe Thema zu Grunde liegt. Aber ein Tag mag hier geschildert werden:

Am 18. verließ Greeley Newyork. In Newyork nahm er den Gouverneur Randolph mit sich. In Trenton angelangt, theilte er einer Volksmenge mit, „daß die Bewegung im Volke auf das Verlangen nach einer reinen und einfachen Regierung, die die Rechte Aller achtet und die öffentlichen Interessen beschützt, gerichtet sei,“ und dampfte nach Mantua, wo er Verstärkung in Form von Sprechern und Comititätsmitgliedern an sich zog und nach Lancaster, 60 Meilen von Philadelphia, jagte. Dort hielt der Zug und Greeley bellagte sich vor einer großen Versammlung daselbst über die Angriffe, denen er ausgesetzt sei, und die er stillschweigend verachte. „Er gesteht gerne ein, daß er jetzt andere Parteigenossen als vor wenigen Jahren habe. Aber die damalige Gefahr sei nun beseitigt, wahrer Friede, Wiederherstellung der brüderlichen Beziehungen seien jetzt nötig. Die durch den Krieg erzeugten bitteren Gefühle müssen einer allumfassenden Liebe Platz machen. Die früheren Gegner müssen aufgefodert werden, an demselben Tische niederzuliegen, der Raum für Alle habe. Nachdem die Feindschaft begraben sei, solle die Corruption von der Regierung entfernt werden.“ Die folgende Rede hielt er 40 Meilen weiter, in Harrisburg: „Nachdem der Donner der Schlachten taum verhallt war, erhob ich meine Stimme für Vergebung, Gnade und Amnestie. Nach dem Blutvergießen, der Verwüstung und Zerstörung ist es nunmehr Zeit, daß die Himmelstochter Gnade ersehne. Diese meine Worte hatten zur Folge, daß ich nun Candidat bin. Ich bin der Candidat der Freiheit, der vollständigen Amnestie und werde kämpfen, bis ich siegig. Ein Amnestieversprechen ist im Programme der Republikaner von 1868 gemacht worden, ich stehe hier, die Erfüllung zu verlangen. Könnte ich durch Aufgabe der Candidatur Amnestie erlangen, gern thäte ich es. Freut Euch, der Tag ist nicht mehr fern, da die amerikanische Flagge alle Amerikaner gleich beschützen wird.“ Weiter ging es nun nach Lewiston, 166 Meilen von Philadelphia. Das Volk war versammelt und verlangte eine Rede, Greeley schätzte vergebens Müdigkeit vor und sprach dann in wenigen Worten die Hoffnung aus, daß alle Versammelten gleich ihm das Beste des Vaterlands und ohne Parteilich das Glück des ganzen Volkes wollen. Darauf sprach Gouverneur Randolph. Um 10 Uhr Nachts während eines heftigen Regens sprach Greeley alsdann in Altona. „Eine Regierungsform ist nötig und die Gelegenheit ist jetzt günstig. Er hofft, daß in Zukunft kein Präsident für irgend welches Amt werde candidiren dürfen.“ Sprach und ging dann in ein Hotel.

Das war der erste Reise- und Rede-Tag. Mit ungeschwächten Mitteln wurde das Geschäft am nächsten Tage fortgesetzt, und das Tagewerk begann mit einer Rede in Pittsburg, deren Inhalt in andern Worten dasselbe sagt, was Jedermann in ganz Amerika schon längst weiß.

[Gouverneurswahl.] Ein Kabellegramm vom 3. October meldet, daß der Demokrat Smith mit einer Majorität von 30,000 Stimmen zum Gouverneur von Georgia wiedergewählt wurde. Bei einem Kampfe zwischen weißen und schwarzen Wählern wurden ein Weißer und zwei Schwarze getödtet und mehrere verwundet.

Asien.

Japan. Yokohama. [Ankunft des Mikado.] Ueber San Francisco treffen von hier Berichte über das Eintreffen des Mikado ein. Es war am 15. August, wo unter dem Donner der Kanonen die japanische Flotte, welche gegen 8 Uhr Morgens vor Anker gegangen war, in vollem Flaggenschmuck ihre Raen bemannte, und zwei kleine Schlepddampfer sich mit zwei Booten auf das englische Jollant zu in Bewegung setzten, wo der Mikado landen sollte. Es hatte sich dort eine äußerst gemischte, aus etwa 200 Parsen, Lunesen, Negern, Franzosen, Chinesen, Deutschen, Italienern, Engländern und Amerikanern bestehende Gesellschaft versammelt und rechts und links an der Landungsbrücke postirt. Von einer Ausschmückung der letzteren war nicht die Rede. Das erste Boot, welches an der Landungsbrücke anlegte, enthielt drei, nach ihren reichgestickten europäischen Uniformröcken und Hüten zu urtheilen, hohe Beamte. Sie stiegen an's Land und erwarteten die kaiserliche Staatsbarke, in welcher, umgeben von zwei Ministern in schwarzer europäischer Hoftracht mit Hut und Degen, sowie von drei Offizieren in Uniform, der Mikado saß. Der junge Kaiser ist groß für einen Asiaten, etwa fünf Fuß 10 Zoll engl. Maß hoch, schlank gebaut, von etwas dunklerer Gesichtsfarbe als die meisten Japanesen der höheren Klassen und guter Haltung, nicht ohne Würde. Das Gesicht ist schmal, von ruhigem Ausdruck und die Züge tragen den morgenländischen Schnitt. Seine dunklen Augen beobachteten mit regem Interesse die Gegenstände, auf welche sein Blick fiel. Der Mikado war ebenfalls in reicher europäischer Tracht. Ein dunkler Frack mit Gold gestickt nach dem Muster der diplomatischen Uniformen, dunkle Hosen mit Goldstreifen, ein Hut in der Art, wie ihn die englischen Marineoffiziere tragen, und ein Staatsdegen mit goldenem Griff machten den Anzug aus, den er mit Anstand zu tragen mußte. Nur schienen die Stiefel ihm einige Unbequemlichkeit zu verursachen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 9. Octbr. [Die gewerbliche Zeichenschule] ist, wie die „Schl. Ztg.“ meldet, am letzten Sonntag Mittags 12 Uhr in dem Schulgebäude am Nikolai-Stradgraben Nr. 5 durch den Vorsitzenden des Curatoriums, Stadtrath v. Carnall, in Gegenwart von Mitgliedern des Lehrers, des Magistrats und des Ausschusses des Central-Gewerbevereins eröffnet worden.

F. Gleiwitz, 7. October. [Ausweisung eines ausländischen Mädchens.] Am letzten Sonntage wurde ein auf der hiesigen Pfarrei sich aufhaltender ausländischer Mönch — wenn wir nicht irren, ein Pauliner aus Galizien — durch die Polizei zur Abreise gezwungen.

A. Myslowitz, 7. October. [Aufbesserung der Lehrergehälter.] Die hiesige Stadterretung will sich zur Aufbesserung der Lehrergehälter durchaus nicht verstehen, und haben die Mitglieder der Schuldeputation in ihrer letzten Sitzung eine dahin gerichtete Gesammtpetition der Lehrer einstimmig abgelehnt. Ein gleiches Schicksal hatte eine von den hiesigen Lehrern an den Magistrat gerichtete Petition um eine Zehnerungszulage; die Nachbarsstädte haben eine solche bewilligt. — Wenn auch einige der Herren Stadterretoren öffentlich erklärt haben: „Die Lehrer haben genug“, so glaube ich, daß dies nicht zutrifft: Der älteste der hiesigen Lehrer bezieht bei 33jähriger Dienstzeit an Gehalt, Wohnungsschuldigung und Beheizung 345 Thlr., ein anderer bei 22jähriger Dienstzeit 290 Thlr. incl. Wohnungsschuldigung und Beheizung. Und das nennen die Herren genug? Hoffentlich wird die königl. Regierung in nächster Zeit diesen Herren klar machen, was ihre Pflicht und Schuldigkeit ist.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with 4 columns: October 8. 9., Raqm. 2 U., Abds. 10 U., Morg. 6 U. Rows include Luftdruck bei 0°, Luftwärme, Dunstdruck, Dunstfättigung, Wind, Wetter.

Breslau, 9. Oct. [Wasserstand.] D.-B. 14 R. 8 B. U.-B. — F. 4 R.

Telegraphische Depeschen. (Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Wien, 8. Octbr. Der Handelsminister ordnete die Sequestration der österreichischen Linien der Lemberg-Gernowicz-Tarso-Glensbahn an. Regierungsrath Barsch trat heute sein Amt als Sequester an.

London, 8. Octbr. Neueren Bestimmungen zufolge hat Gladstone die beabsichtigte Reise nach Irland in diesem Jahre aufgegeben. In einer Grube in Morley hat eine Explosion stattgefunden, in Folge deren 20—30 Arbeiter ihren Tod fanden.

Berlin, 8. October. Die Börse beharrt in der größten Unentschlossenheit, es fehlt eben vollständig an jeder Anregung, und die einmal eingeschlagene Richtung verlassen zu können. Die auswärtigen Plätze erwarten, daß hier die Initiative ergriffen werde, und hier herrscht in unänderlicher Stärke die Lustlosigkeit und Trägheit, die jeden Aufschwung unmöglich macht und die dem Verkehr stets den Charakter der Mattheit giebt. Der Geldstand ist flüssig und läßt nur noch wenig zu wünschen übrig; man erwartet ferner einen günstigen Wochenausweis der Bank, auch ist das schwebende Engagement nach der ausgedehnten Geschäftshaltung nicht bedeutend. Alle diese Momente geben unserer Börse im Grundton eine gewisse Festigkeit, die nur jetzt wegen der ausgeprägtesten Geschäftstille nicht zur Geltung gelangen kann. Das heutige Geschäft eröffnete in sehr matter Haltung, befestigte sich aber merklich, als in der zweiten Börsensitzung die New-Yorker Coursedepesche eingetroffen war, die im Cologio, sowie in Course auf London sehr günstige Veränderungen zeigte. Die Speculationswerte traten nur in sehr geringem Maße in den Verkehr; auch österreichische Bahnen fanden wenig Beachtung, für Kronprinz Rudolf's Bahn lagen von Privatkäufern Aufträge vor. In österreichischen Renten war das Geschäft klein und die Course blieben fast unverändert. Silberrente gab etwas nach. Von den auswärtigen Fonds zeigte sich für französische Rente, Amerikaner und Türken regere Frage, so daß die Course bei lebhafterem Verkehr anziehen konnten. In russischen Fonds war die Stimmung wenig feil, meist sind die Notierungen etwas herabgesetzt. Preussische und deutsche Fonds fest, aber ohne Leben, Prioritäten ziemlich fest bei geringerem Geschäft. Auf dem Eisenbahnmarkt war die Tendenz analog der allgemeinen Haltung Anfangs sehr matt. Schluß besser; die Avance der schweren Bahnen gegen die Anfangs-Course sind immerhin beachtenswerth. Die Umsätze hielten sich aber mit wenigen Ausnahmen in den engsten Dimensionen. Lebhaft waren Halle-Sorau und Rumänen, letztere auch höher. Für Östlicher stellte sich zu etwas herabgesetztem Course lebhafter Begehren ein, der auch über Schluß anhält. Für Prämien rege Kaufkraft, so daß die Umsätze nicht unbedeutend. Banken im Allgemeinen matt und sehr still, Course aber niedriger; lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Bank für Rheinland und Westfalen. Dresdener Handelsbank 98 1/2 B. Halle'sche Credit. 104 1/2 G. Warschauer Disc. 101 1/2 G. Industripapiere sehr still. (B. u. S. 2.)

[Berlin-Dresden.] Der zwischen Preußen und Sachsen wegen Herstellung einer directen Eisenbahn von Berlin nach Dresden unterm 6. Juli d. J. geschlossene Vertrag ist, wie bereits gemeldet, ratificirt und die Auswechslung der Ratifications-Urkunden bewirkt worden. Die Genehmigung und Feststellung des Bauprojectes innerhalb jedes Staatesgebietes bleibt der betreffenden Regierung überlassen; der königliche sächsische Regierung verbleibt die Kanonshoheit hinsichtlich der in ihrem Gebiete belegenen Bahnstrecken, weshalb die auf letzterer zu errichtenden Hoheitszeichen die königliche sächsische sein sollen. Die sächsische Regierung kann zur Regelung des Verkehrs mit der Gesellschaft so wie zur Handhabung ihrer Hoheitsrechte und des ihr über die Bahnstrecke im sächsischen Gebiete nach diesem Vertrage zustehenden Aufsichtrechtes einen beständigen Commissar einsetzen. Die Bestimmung der Fahrten, Fahrzeiten und Transportpreise steht ausschließlich der preussischen Regierung zu.

Berlin, 8. October. Weizen loco 75—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, pr. October 84 1/2—83 1/2 Thlr. bez., October-November 83 1/2—82 1/2 Thlr. bez., November-December 82 1/2—81 1/2 Thlr. bez., April-Mai 1873 82 1/2—81 1/2 Thlr. bez. — Roggen loco 52—61 Thlr. nach Qualität gefordert, alter 52 1/2—53 Thlr. ab Boden bez., neuer 50—60 Thlr. ab Boden bez., pr. October 52 1/2—52 Thlr. bez., October-November 52 1/2—52 Thlr. bez., November-December 52 1/2—51 1/2 Thlr. bez., April-Mai 1873 51 1/2—51 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni — Thlr. bez. — Rüböl loco 24 1/2 Thlr. Spiritus loco ohne Faß 19 Thlr. 18—8 Sgr. bez., pr. October 19 Thlr. 14—26 Sgr. bez., October-November 18 Thlr. 17—10 12 Sgr. bez., November-December 18 Thlr. 12—7—10 Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 23—19—22 Sgr. bez.

Breslau, 9. Octbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war nicht von Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren, Preise ohne Aenderung.

Weizen blieb in seinen Qualitäten gefragt, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7—9 1/2 Thlr., gelber 7—8 1/2 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen in sehr fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 5 1/2—6 1/2 Thlr., feinste Sorte 6 1/2 Thlr. bezahlt. Gerste gute Kaufkraft, pr. 100 Kilogr. 5—5 1/2 Thlr., weiße 5 1/2 Thlr. Hafer behauptet, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 4 1/4 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Erbsen offerirt, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—5 1/2 Thlr. Wicken ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 4—4 1/2 Thlr. Lupinen preishaltend, pr. 100 Kilogr. gelbe 3—3 1/2 Thlr., blaue 2 1/2 bis 3 1/2 Thlr. Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. schlesische 6—6 1/2 Thlr. Mais wenig Umsatz, pr. 100 Kilogr. 5 1/2—5 1/2 Thlr. Delfaaten wenig verändert. Schlaglein offerirt.

Table with 2 columns: Schlag-Weizen, Winter-Weizen, Sommer-Weizen, etc. with prices.

Rapskuchen fester, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr. Leinukuchen matter, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr. Rleesaat unbederit, — rote 14—16 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—18—20 Thlr. pr. 50 Kilogr. Rartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Biter 3 1/2—4 Sgr.

Berliner Börse vom 8. October 1872.

Table with 2 columns: Wechsel-Course and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists various exchange rates and stock prices.

Table with 2 columns: Fonds und Geld-Course and Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists bond and money market rates and stock prices.

Table with 2 columns: Ausländische Fonds and Bank- und Industrie-Papiere. Lists foreign bonds and bank/industry paper prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien and Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists railway stock prices.

Bayr. Prämien-Anleihe 112 1/2. do. Wil.-Anleihe 100 1/2. Neue Badische 102 1/2. 1872r russisch-engl. Anleihe vollbes. 90 1/2. do. nicht vollbes. —. Russ. Bodencr. 93. Neue Russen 90 1/2. Türken 51 1/2. Silberrente 64 1/2. Papierrente 59 1/2. Minden-Loose 95 1/2. 1860er Loose 94 1/2. 1864er Loose 159 1/2. Ungarische Anleihe 79 1/2. do. Loose 113 1/2. Raab-Gräzer Loose 83 1/2. Gomböer —. Bundesanleihe 100 1/2. Amerik. de 1882 96. Darmstädter Bankactien 500 1/2. Meiningen Bank 158 1/2. do. neue 149 1/2. Schuster Gewerbetbank —. Süddeutsche Bodencredit —. Deutsch-österreichische Bank 124 1/2. Ital.-deutsche Bank —. Franco-holl. Bank —. Franz.-ital. Bank 96 1/2. Central-Bandbr. 97. Prov.-Disc.-Ges. 172 1/2. Brüsseler Bank 115 1/2. Berl. Banverein 151 1/2. Leipz. Vereinsbank 103 1/2. Frankf. Banverein 153 1/2. do. Wechselb. 114. Centralbank 117. Antwerpener Bank 112 1/2. Englische Wechselb. 59 1/2. Baltischport 87. Newyork. proc. Anl. 95 1/2. South Eastern 72. Kont.-Eisenb. 119 1/2. Haqn Effectenbank 135 1/2. Wiener Unionbank 287. Matt.

Rach Schluß der Börse: Creditactien 352 1/2, Franzosen 343 1/2, Lombarden 219. *) pr. medio resp. pr. ultimo. Frankfurt a. M., 8. Octbr., Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96. Creditactien 352, 50. 1860er Loose 94 1/2. Franzosen —. do. neue —. Galizier 248, 75. Staatsbahn 373, 75. do. neue —. Lombarden 219. —. Silberrente 64, 11. Papierrente —. Brüsseler Bank —. Provinzialdisc. —. Deutsch-österreichische Bank —. Haqn'sche Effectenbank —. Elisabethbahn —. Nordwestbahn 227, 50. Meiningen Bank —. Neueste franz. Anleihe von 1872 —. Reichs-Eisenbahnbau 119, 75. Fest.

Hamburg, 8. October, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 148 1/2. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 96 1/2. Silberrente 65 1/2. Dester. Credit-Actien 304 à 305. Dester. 1860er Loose 94 1/2. Franzosen 736 1/2 à 738. Raab-Gräzer Loose 84 1/2. Lombarden 469 à 471 1/2. Ital. Rente 65 1/2. Provinzial-Disc. = Gesellschaft 174. Anglo-deutsche Bank 136 1/2. Dänische Lanmannbank 100 1/2. Wiener Unionbank 247. 1864er Russische Prämien-Anleihe 124. 1866er Russische Prämien-Anleihe 123 1/2. Amerikanische de 1882 92 1/2. Disconto 3 1/2 pCt. Privatdisc. — pCt. Haqn'sche Effectenbank 137 1/2. Schluß fest.

Wechselnotierungen: London lang 13 M. 7 1/2 Sd., London kurz 13 M. 9 1/2 Sd., Amsterdam 35, 83, Wien 83, Paris 191 1/2, Petersburg 28 1/2. Hamburg, 8. Octbr. Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine fest, Roggen loco rubig, auf Termine fest. Weizen pr. Octbr. 127 pfd. pr. 1000 Kilo netto in M. Bco. 170 Gd., pr. Octbr.-Novbr. 127 pfd. pr. 1000 Kilo netto in M. Bco. 166 Gd., pr. November-December 127 pfd. pr. 1000 Kilo netto in M. Bco. 165 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto in M. Bco. 165 Gd., Roggen pr. October 1000 Kilo netto in M. Bco. 99 Gd., pr. October-November 1000 Kilo netto in M. Bco. 99 Gd., pr. November-December 1000 Kilo netto in M. Bco. 101 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto in M. Bco. 106 Gd. Hafer und Gerste fest. Rüböl fest, loco und pr. October 24 1/2, pr. Mai 25. Spiritus matt, pr. 100 Liter 100 pfd., pr. October 16 1/2, pr. November-December und pr. April-Mai 15 1/2 pfd. Thaler. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 13 1/2 Br., 13 1/2 Gd., pr. Oct. 13 1/2 Gd., pr. Novbr.-Decbr. 13 1/2 Gd. — Wetter: bedekt.

Liverpool, 8. October, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Nutzmähliger Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Tages-Import 4000 Ballen davon 3000 amerikanische. Liverpool, 8. October, Vormittags 10 Uhr 47 Min. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) 15,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 4000 B. Ruhiger. Middl. Orleans 10 1/2, middl. amerikanische 9 1/2, fair Dollerach 7, middl. fair Dollerach 6 1/2, good middl. Dollerach 5 1/2, middl. Dollerach 5, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 6 1/2, new fair Domra 7 1/2, good fair Domra 7 1/2, fair Madras 6 1/2, fair Bernam 9 1/2, fair Smyrna 7 1/2, fair Egyptian 9 1/2. Manchester, 8. Octbr., Nachm. 12r Water Armitage 9 1/2, 12r Water Taylor 11 1/2, 20r Water Nicholls 13, 30r Water Giblow 14 1/2, 30r Water Clayton 15 1/2, 40r Mule Rapoll 14 1/2, 40r Medio Wilkinson 15 1/2, 36r Warpcops Qualität Rowland 15, 40r Double Weston 16 1/2, 60r Double Weston 18, Printers 1 1/2 1/2 8 1/2 pfd. 132. — Gütes Geschäft, Preise anziehend.

Petersburg, 8. Octbr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel-course auf London 3 Monat 32 1/2, do. auf Hamburg 3 Monat 29 1/2, do. auf Amsterdam 3 Monat 164 1/2, do. auf Paris 3 Monat 350 1/2, 1864er Prämien-Anleihe 151 1/2, 1866er Prämien-Anleihe 149, Imperials 6, 09, Große Russische Eisenbahn 139. Petersburg, 8. Octbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 51, pr. Aug. 52. Weizen loco 14, 00, pr. Aug. —. Roggen loco 6, 60, pr. Aug. —. Hafer loco 3, 90, pr. Aug. —. Haq loco 39, pr. Aug. —. Leinfaat loco 14 1/2, pr. Aug. —. Wetter: warm.

Königsberg, 8. Octbr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen sehr fest, Roggen fest, loco 121—122 pfd. 2000 Pfd. Bollgewicht 50 1/2, pr. October 50, pr. Frühjahr 51 1/2 Thlr., pr. Mai-Juni 51 1/2 Thlr. — Gerste begehrt. — Hafer knapp, loco pr. 2000 Pfd. Bollgew. 4 1/2, pr. Octbr. 4 1/2, pr. Frühjahr 4 1/2 Thlr. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Bollgew. 50 1/2 Thlr. — Spiritus pr. 100 Liter 100 loco 20 1/2, pr. October 20 1/2, pr. Frühjahr 19 Thlr. — Wetter: Schön.

Danzig, 8. Octbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen billiger, bunter pr. 2000 Pfd. Bollgew. 84—85, hellbunter 86—87, hochbunter und glatt 88—91, 126 pfd. pr. October-November 86 1/2 Thlr. — Roggen matter, 120 pfd. loco pr. 2000 Pfd. Bollgew. inländischer 51 1/2, do. polnischer 52 1/2, 120 pfd. pr. October-November 48, pr. April-Mai 53 1/2 Thlr. — Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Bollgewicht 50—52, große Gerste pr. 2000 Pfd. Bollgew. 56 Thlr. — Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Bollgew. loco 50—52, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Bollgew. loco 46—48 Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Bollgew. loco 40 Thlr. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 21 1/2 Thlr. — Wetter: Schön.

Köln, 8. October, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fest, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 8, 12 1/2, pr. November 8, 16, per März 8, 2 1/2, pr. Mai 8, 4. Roggen loco 5, 15, pr. Novbr. 5 1/2, pr. März 5, 7 1/2, pr. Mai 5, 11. Rüböl unbederit, loco 13 1/2, pr. October 12 1/2, pr. Mai 13 1/2. Wetter: Schön.

Paris, 8. Octbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] Rüböl rubig, pr. Octbr. 99, 00, pr. November-December 99, 75, pr. Januar-April 100, 50. Mehl angeboten, pr. October 69, 75, pr. November-December 67, 00, pr. Januar-April 66, 00. Spiritus pr. October 57, 50. Wetter: Bewölkt.

Liverpool, 8. Octbr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen 2 d., Antwerpen, 8. October, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unbederit dänischer 37 1/2. Roggen fest, Odesa 19. Antwerpen, 8. October. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 54 bez. u. Br., pr. October 53 1/2 bez., 54 Br., pr. Novbr. 54 1/2 bez., 55 Br., pr. Novbr.-Decbr. 55 bez. u. Br., pr. Decbr. 55 bez., 55 1/2 Br. Steigend.

Amsterdam, 8. October, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Roggen pr. October 181, pr. März 194 1/2, pr. Mai 196 1/2. Bremen, 8. October. Petroleum fest, Standard white loco 21 M. 25 Pf. à 21 M. 30 Pf.

Das 37. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 8072 den Vertrag zwischen Preußen und Hamburg wegen Herstellung einer Eisenbahn von Stade nach Cuxhaven. Vom 24. Juni 1872, und unter Nr. 8073 den Vertrag zwischen Preußen und Sachsen wegen Herstellung einer directen Eisenbahn von Berlin nach Dresden. Vom 6. Juli 1872.

Die erste Sendung von echt astachaner hellgrau und großköinigem Caviar ist eingetroffen und offerirt hierdon in 1/2, 1 und 1 1/2 Kilo-Gebinden à 1/2 Rilo Brutto 35 Sgr. Emballage wird nicht berechnet. [1485] Versandt prompt gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. R. F. Henkel in Myslowitz. La Patria, eine Havanna-Cigarre, erquickt im Brando, vorzüglich im Aroma, ein bedeutender Gelegenheitskauf, empfehle ich jedem Kenner zum Preise von 16 1/2 Thlr. pr. Mille bei Entnahme von mindestens 500 Stück. Gustav Pinoff, Cigaren-Importeur, Schmiedebriide 67. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.